

**Arbeit,
Innovation und
Gerechtigkeit.
Besonders im Osten.**

SPD-Regierungsprogramm 1998-2002

A 98 - 07764

 **SPD**

Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.

Besonders im Osten.

SPD-Regierungsprogramm 1998–2002

A 98 - 07764

**SPD**

Impressum

Herausgeber: SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Str. 111-113, 19059 Schwerin
Tel.: 0385/73198-0 Fax.: 0385/785153-7
E-Mail: Harald.Ringstorff@spd.de
Internet: <http://www.edition-digital.com/spd-mv>
V.i.S.d.P.: Nikolaus Voss

1. Arbeitsplätze schaffen und sichern	6	5. Die innere Sicherheit verbessern	41
1.1. Industriepolitik und Technologiepolitik	8	5.1. Schwerstkriminalität energisch bekämpfen	42
1.2. Mittelstandspolitik	9	5.2. Alltagskriminalität	43
1.3. Existenzgründungen	10	5.3. Jugendkriminalität	44
1.4. Tourismus	11	5.4. Gewalt gegen Frauen und Kinder	45
1.5. Raumordnungs- und Landesplanung	12	5.5. Polizei stärken	45
1.6. Verkehrspolitik	13	5.6. Opferschutz	46
1.7. Arbeitsmarktpolitik	15		
1.8. Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern (AQMV)	16	6. Innerer Frieden durch mehr Gerechtigkeit	48
1.9. Arbeit gerechter verteilen	17	6.1. Die Rechte ostdeutscher Menschen stärken	48
1.10. Ausbildung und Beschäftigung für die Jugend	18	6.2. Verbesserung der Rechtspflege	49
1.11. Gewerkschaften	19	6.3. Den Strafvollzug modernisieren	49
		6.4. Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz	50
2. Politik für den ländlichen Raum	20		
2.1. Landwirtschaftspolitik	21	7. Die Umwelt schützen	51
2.2. Forstwirtschaftspolitik	22	7.1. Naturschutz	51
2.3. Fischereipolitik	22	7.2. Abfallwirtschaftspolitik	52
		7.3. Energiepolitik	52
3. Soziale Gerechtigkeit schaffen	23	7.4. Boden- und Gewässerschutz	53
3.1. Bauen, Wohnen und Mieten	23		
3.2. Gesundheitspolitik	24	8. Unsere Kommunen stärken	55
3.3. Familienpolitik	26	8.1. Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung	55
3.4. Soziale Sicherung für Frauen und Alleinerziehende	26	8.2. Kommunale Leistungskraft steigern	57
3.5. Politik für ältere Menschen	27		
3.6. Politik für Menschen mit Behinderungen	28	9. Finanzpolitik und öffentliche Verwaltung	58
3.7. Sucht- und Drogenpolitik	29	9.1. Finanzpolitik	58
		9.2. Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung	59
4. Bildung, Jugend, Kultur und Sport	31		
4.1. Allgemeinbildende und berufliche Schulen	32	10. Zeit für den politischen Wechsel	60
4.2. Hochschulbildung und Forschungsförderung	34		
4.3. Jugend	36		
4.4. Sport	37		
4.5. Kultur	37		
4.6. Medien	39		

1. Arbeitsplätze schaffen und sichern

Unser wichtigstes Ziel ist die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Dieses ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zentrale Verpflichtung, um den Menschen in unserem Land die aktive Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu werden wir die vorhandene Arbeit gerechter verteilen und zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentliche Förderung schaffen. In gleicher Weise setzen wir uns dafür ein, daß jedem Arbeitslosen die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz, der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Rückkehr ins Erwerbsleben erhalten bleiben.

Gegenwärtig allerdings bleibt die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes (wie die der übrigen neuen Länder) hinter der wirtschaftlichen Entwicklung der alten Bundesländer zurück. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich weiter. Die Ursachen werden verschärft durch die falsche Politik der Bundesregierung. Die teilweise fehlgeschlagene Privatisierungspolitik des Bundes durch seine Treuhandanstalt, wie bei den Werften, der Rückzug des Bundes aus seiner Verantwortung für junge, privatisierte Unternehmen in unserem Land und die Rückführung der Investitionsmittel für den Aufbau Ost, insbesondere in der Forschung, sind nur einige Beispiele. Auch der Stillstand in der Sozial- und Steuerpolitik sowie die ständigen Versuche der Konservativen, die soziale Unge-

rechtigkeit in Deutschland zu verschärfen, haben gravierende Auswirkungen auf unser Land. Gerade deshalb halten wir an dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West fest.

Für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist die Verbesserung der Situation von Frauen im Erwerbsleben ein Grundanliegen, dem sie sich auch in der derzeit unstrittig schwierigen Wirtschaftslage mit der besonders für Frauen problematischen Situation auf dem Arbeitsmarkt verpflichtet fühlt.

Die SPD wird für die Frauenförderung Anreize für Unternehmen schaffen, weil eine gleichberechtigte Einbindung der Frauen eine zukunftsorientierte erfolgreiche Entwicklung des Landes fördert. Hierbei gibt es für sozialdemokratische Politik keine Tabus. Deshalb reicht die Palette sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik von der Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze für Mädchen im Handwerk und in zukunftsorientierten Technologien über Einstellungshilfen benachteiligter Frauen (wie Alleinerziehende und Frauen über 45 Jahren) bis zu flexiblen Arbeitszeiten. Der öffentliche Dienst muß als größter Arbeitgeber bei der Frauenförderung mit gutem Beispiel vorangehen.

Sozialdemokratische Politik hat für unser Land klare Perspektiven aufgezeigt. Daran werden wir weiter anknüpfen. Wir sind das Land mit einer sich entwickelnden hochmodernen maritimen Wirtschaft. Wir werden neben dem Schiffbau, dem Seeverkehr und der Hafenwirtschaft die Zulieferindustrie, das Handwerk und die produktionsnahe Dienstleistung ausbauen. Darin ausdrücklich eingeschlossen sind Stadtwerke, für die wir die Rahmenbedingungen so entwickeln werden, daß sie auch überregional tätig sein können. Darüber hinaus werden wir alle Bereiche eines modernen Dienstleistungssektors entwickeln.

Die Eigenkapitalausstattung von klein- und mittelständischen Unternehmen, insbesondere im Technologiebereich und nach Existenzgründungen, werden wir verbessern, indem ein Risikokapitalfonds geschaffen wird. Dazu müssen im Bund die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Fortschrittliche Technologien sollen zu einem Markenzeichen Mecklenburg-Vorpommerns werden. Wir werden unser Land zukunftsfähig machen, indem wir die Unterstützung der Forschung, der Bio- und Lebensmitteltechnologie, der Medizintechnik, moderner Kommunikations- und Informationstechnologie und ressourcenschonender Energiegewinnung und -nutzung verbessern.

Wir werden die Landwirtschaft stärken und die Verarbeitung und Vermarktung unserer Agrarprodukte weiter verbessern. Nahrungsgüter aus Mecklenburg-Vorpommern sollen ein Qualitätsbegriff auf den Märkten werden.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit einer einzigartigen Natur und Umwelt. Dieses ist unser „Robstoff“, den wir im Gesundheits- und Tourismusbereich einsetzen wollen. Deshalb wollen wir die Wertschöpfung im Kur- und Rehabilitationsbereich sinnvoll ausbauen. Die Tourismuswirtschaft werden wir unter Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes stärken, damit mehr Menschen Arbeit und Einkommen erzielen können.

Notwendig für einen zweiten Start zum Aufbau Ost ist ein Politikwechsel in Bonn und Schwerin. Eine neue Bundesregierung muß für die Förderung des Aufbaus in den neuen Ländern eine neue finanzielle Anstrengung unternehmen. Deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden für die Interessen unseres Landes in Bonn eintreten. Dazu gehört eine verlässliche Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern mit einer Konzentration auf Schwerpunktaufgaben, wie die Verstärkung der unternehmensnahen Forschung in den neuen Ländern. Dazu gehört der schnelle Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur, wie der Autobahn A 20 und der Bahnstrecke Lübeck-Rostock-Stralsund. Dazu gehört auch der Bonner Einsatz in Brüssel für die Fortsetzung der europäischen Unterstützung für die neuen Länder über 1999 hinaus. Dazu gehört die Unterstützung des Bundes für Existenzgründungen, Produktentwicklungen und Vermarktungsstrategien junger ostdeutscher Unternehmen. Dazu gehört für uns Sozialdemokraten die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen und damit am erwirtschafteten Gewinn. Darüber hinaus wollen wir die Massenkaufkraft und die Binnennachfrage stärken.

Öffentliche Förderung muß stärker einer Erfolgskontrolle unterworfen und die Förderpraxis an Auflagen gebunden werden. Dazu gehört das Einhalten von Arbeits- und Ausbildungszusagen, Tarifverträgen und Sozialstandards. Für uns zählt dazu auch die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern in der regionalen Förderpolitik. So können Fördergelder zukünftig sinnvoll und zielorientiert vergeben werden.

Eine flexible und moderne Verwaltung, die schnelle Entscheidungen trifft, gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren. Wir Sozialdemokraten wollen, daß unser Land bei der Modernisierung der Verwaltungen in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle spielt. Dadurch werden Investitionen begünstigt.

Wir Sozialdemokraten wollen ein Europa der Regionen. Dadurch können die ostdeutschen Länder ihre Präsenz auf den mittel- und osteuropäischen Märkten wiederherstellen. Wir werden die Kooperation unserer Universitäten und Forschungseinrichtungen im Ostseeraum und die Entwicklung von Städtepartnerschaften („Neue Hanse“) unterstützen. Die SPD hält die im Jahre 2003 geplante Internationale Gartenausstellung (IGA) als internationale Weltausstellung in Rostock als ein für das ganze Land wichtiges Zukunftsprojekt.

1.1. Industriepolitik und Technologiepolitik

Industrieller Kernbereich unseres Landes ist die maritime Wirtschaft. Die Rahmenbedingungen für die Zulieferindustrie innerhalb eines maritimen Konzeptes werden wir verbessern. Die Zukunft unseres Schiffbaus liegt im anspruchsvollen Spezialschiffbau.

Darüber hinaus werden wir neue Investitions- und Beschäftigungsfelder erschließen. Wir unterstützen die Schaffung moderner Arbeitsplätze in Unternehmen, die flexibel auf die Marktentwicklung reagieren können. Es wird immer entscheidender, wie schnell ein Unternehmen ist und sich auf Entwicklungen am Weltmarkt einstellt.

Wir halten an der Mitverantwortung des Bundes für gescheiterte bzw. für gefährdete Privatisierungen fest. Wir fordern, daß der Bund weiterhin dort Finanzmittel bereitstellt, wo junge privatisierte Unternehmen zu scheitern drohen.

In unserem Land gibt es eine wachsende Zahl zukunftsfähiger Arbeitsplätze in modernen Technologiezentren. Es haben sich bereits über 500 hochinnovative Firmen in den Technologiezentren gegründet, von denen bereits über 120 Firmen aus ihnen herausgewachsen sind. Die Technologiezentren werden wir stärken, um Existenzgründern gute Bedingungen für eine Neugründung zu geben. Wir Sozialdemokraten werden die Unternehmen, die aus einem Technologiezentrum herauswachsen, bei der Suche nach

neuen geeigneten Standorten unterstützen. Die vorhandenen Innovationspotentiale in Betrieben und Unternehmen müssen aktiviert und gezielt gefördert werden. Aus diesem Grunde werden wir die Kooperation zwischen Universitäten und Hochschulen, medizinischen Einrichtungen und Forschungsinstituten des Landes mit Technologiezentren, Betrieben und Unternehmen initiieren und weiter ausbauen.

Für uns Sozialdemokraten ist Technologiepolitik aber mehr als nur Produktinnovation. Die mit dem technischen Wandel einhergehenden Prozeßinnovationen im Verbund mit dem betrieblichen Arbeitsvermögen gehören für uns zu einer modernen Technologiepolitik. Dazu gehört für die SPD die Beteiligung der Arbeitnehmer an betrieblichen Entscheidungsprozessen über die Veränderungen der daraus resultierenden neuen Arbeitsstrukturen. Wir wollen Wirtschaftsförderungsinstrumente, die nicht nur kapitalseitig ausgerichtet sein dürfen. Das betriebliche Arbeitsvermögen soll ebenfalls durch ein Programm „Arbeit und Technik“ in den Förderrahmen aufgenommen werden.

Absolventen der entsprechenden Fachrichtungen unserer Hochschulen sollen im Technologiesektor unseres Landes arbeiten. Wir werden sie bei der Existenzgründung unterstützen. Außerdem unterstützen wir diejenigen Unternehmen, die unsere Hochschulabsolventen einstellen.

Wir fordern Unternehmen und Hochschulen unseres Landes auf, moderne Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie in Schwerpunkttechnologiefeldern gemeinsam Leitprojekte definieren, die wir besonders fördern werden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Biomedizin, Bio- und Lebensmitteltechnologie, Umwelttechnologie und Kommunikationstechnologie.

Wir wollen, daß neue Verfahren, die in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt werden, auch hier zur Anwendungsreife gelangen. Deshalb unterstützen wir die Unternehmen, die in ihren eigenen Betrieben neue Verfahren einsetzen. Das gilt besonders für Informations- und Kommunikationstechniken (Multimedia).

Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur in den Zentren unseres Landes technologieorientierte Firmen ansiedeln. Auch im ländlichen Raum wollen wir Firmen unterstützen, die, wie z.B. in der Telematik, moderne Arbeitsplätze schaffen.

1.2. Mittelstandspolitik

Unser Ziel ist es, die Exportfähigkeit und Binnennachfrage nach Produkten unserer Wirtschaft zu stärken und damit mehr Arbeit in unser Land hereinzuholen. Außerdem wollen wir den Absatz regionaler Produkte in Mecklenburg-Vorpommern fördern.

Der Mittelstand bildet die tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Entscheidender Schwerpunkt einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik wird eine verbesserte Mittelstandsförderung sein. Hier sind die größten Beschäftigungseffekte und gleichzeitig die größte Wertschöpfung zu erzielen. Wir werden Unternehmen bei der Vermarktung ihrer Produkte unterstützen.

Der Mittelstand steht im europäischen Wettbewerb. Deshalb muß er besonders in unserem Land von den europäischen Fördermöglichkeiten profitieren können. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Förderprogramme einfacher gestaltet und gezielter für den Mittelstand unseres Bundeslandes eingesetzt werden können.

Die Außenwirtschaft wird zunehmend für den Mittelstand an Bedeutung gewinnen. Wir werden den mittelständischen Unternehmen helfen, mangelnde Marketingfertigkeiten und Sprachprobleme zu überwinden.

Eine zentrale Rolle messen wir dem Dienstleistungssektor zu. Auf den Märkten werden künftig nicht nur Produkte, sondern im wachsenden Maße auch „technische Lösungen“ verkauft. Wir werden deshalb die „Investitionen in Köpfe und Ideen“ nachdrücklich fördern. Hierzu wollen wir die bestehenden Voraussetzungen in unserem Land voll ausnutzen und darüber hinaus die Bedingungen verbessern. Das bestehende Potential bei den qualifizierten Personenbe-

zogenen Dienstleistungen wie Altenpflege, Kundenbetreuung und Bürgerberatung, wollen wir nutzen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir Sozialdemokraten werden uns im Bund dafür einsetzen, daß eine gerechte Erhebung der Lohnnebenkosten erreicht wird. Die Lohnnebenkosten sollen nicht mehr allein von der Anzahl der Beschäftigten, sondern auch von der Bruttowertschöpfung der Unternehmen abhängig sein. Deshalb werden wir uns für die Einführung einer Bruttowertschöpfungsabgabe einsetzen.

Unser Ziel ist es, regionale Wirtschaftskreisläufe in Gang zu setzen. Das wollen wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen. Allerdings setzen wir Sozialdemokraten die Tarifbindung dieser Unternehmen voraus.

Bei der öffentlichen Auftrags- und Subventionsvergabe sind Maßnahmen der Frauenförderung Bestandteil sozialdemokratischer Frauenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

1.3. Existenzgründungen

Wir Sozialdemokraten werden mit Nachdruck die Gründung neuer Unternehmen unterstützen. Wirtschaftsförderung setzt dort an, wo eine Idee für ein Produkt und eine Idee für die Vermarktung vorhanden sind. Jeder, der ein tragfähiges Konzept für den Schritt in die Selbständigkeit vorlegt, ist willkommen. Von der Wirtschaft erwarten wir mehr Mut zu Innovationen.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern wird das von ihr initiierte erfolgreiche Existenzgründerinnenprogramm weiterführen und ausbauen, das insbesondere Frauen ohne Eigenkapital, aber mit guten Konzepten, zugute kommt.

An den Hochschulen unseres Landes muß das unternehmerische Denken gefördert werden. Wir haben in Deutschland gute Ingenieure und Erfinder, bisher haben wir jedoch noch zu wenig mutige Unternehmer und Kaufleute, die diesen Erfindergeist in unternehmerisches Handeln umsetzen.

Wir wollen die Zahl der Patentanmeldungen aus unserem Land erhöhen. Dafür wollen wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, indem wir eine intensive Erfinderberatung in Mecklenburg-Vorpommern aufbauen. Hier sind vor allem auch die Kammern und die Verbände in der Pflicht. Außerdem wollen wir erreichen, daß mehr Patente in unser Land geholt werden. Hierzu haben wir bereits einen Patent- und Lizenzfonds eingerichtet, dessen Wirksamkeit wir steigern werden.

1.4. Tourismus

Die Tourismuswirtschaft ist für unser Land eine Branche mit guten Wachstumschancen. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten im Tourismus mehr Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten schaffen, zumal Frauen hier eine besondere Chance haben, sich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu etablieren. Die Tourismusunternehmen in unserem Land müs-

sen hochmotiviert Serviceleistungen erbringen, die den individuellen Wünschen unserer Gäste gerecht werden. Das hervorragende Kapital unseres Landes ist unsere einzigartige Natur und die intakte Umwelt. Hinzu kommt das über Jahrhunderte gewachsene norddeutsche Kulturerbe.

Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Tourismuspolitik in Mecklenburg-Vorpommern wird es sein, effiziente regionale Vermarktungsstrukturen auszubauen. Öffentliche Mittel werden nur noch ausnahmsweise und eng begrenzt für einen weiteren Ausbau der Bettenkapazitäten zur Verfügung gestellt. Primär werden wir den Ausbau der touristischen Infrastruktur und saisonverlängernde Maßnahmen fördern.

Wir setzen hier auf unternehmerische Lösungen mit regionalem Profil und nicht auf Prestigebauten. Wir werden ein zentrales Kulturmanagement in unserem Land unterstützen. Unser Ziel ist es, durch koordinierte Kulturangebote und professionelles Kulturmarketing die Attraktivität unserer Tourismusregionen zu erhöhen und somit Einkommensmöglichkeiten für die Menschen in unserem Land zu verbessern. Hierzu zählen wir die Koordinierung der verschiedenen Musikfestivals ebenso wie durchgehende Theaterangebote in der Tourismussaison.

Unser Ziel ist es, landestypische, individuelle Beherbergungen zu schaffen, in denen unsere Gäste sich wohlfühlen können. Dabei werden wir die bestehenden kleinen und mittleren Tourismusunternehmen unter-

stützen, weil sie umweltverträglicher als große arbeiten können. Sie bilden die wichtigste Säule unserer Tourismuswirtschaft.

Wir wollen weiterhin den Spezialtourismus fördern. Wir wollen, daß auch Radwanderer, Wasserwanderer, Gesundheitsurlauber, aktive Rentner, Familienurlauber, Naturfreunde und Behinderte ein gastfreundliches und erlebnisreiches Mecklenburg-Vorpommern vorfinden. Die Binnenseen sind für jedermann zugänglich zu machen. Wir wollen, daß die Urlauber als Gäste gern wieder in unser Land zurückkommen. Dazu gehört auch ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis.

Die SPD befürwortet die Einrichtung einer Bäderbahn, die die Tourismuszentren Rügen und Usedom über die Städte Stralsund, Greifswald und Wolgast verbindet. Die Bahn soll möglichst bis Swinemünde geführt werden. Sie soll privat betrieben werden, da sie nur dann in absehbarer Zeit realisierbar erscheint.

1.5. Raumordnungs- und Landesplanung

Wir Sozialdemokraten werden unsere ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele auch durch eine gezielte Politik der Raumordnung und Landesplanung umsetzen. Den Besonderheiten der unterschiedlichen Regionen im Land werden wir verstärkt Rechnung tragen.

Ziel der SPD Mecklenburg-Vorpommern ist es, durch die Übernahme von Gleichstellungsbelangen in die Landesentwicklung und Regionalplanung die Voraussetzungen für räumliche und wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die eine partnerschaftliche Ausgestaltung der Lebens- und Arbeitssituation ermöglichen.

Die Landesentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern muß der unterschiedlichen Situation der verschiedenen Regionen verstärkt Rechnung tragen. Während das westliche Mecklenburg relativ leicht die vor dem Krieg bestehende Vernetzung mit Hamburg, Lübeck und Lüneburg wieder herstellen können, stellt sich die Situation für Vorpommern erheblich schwieriger dar. Die Teilung Pommerns nach dem 2. Weltkrieg hat eine Jahrhunderte eigenständige Kultur- und Geschichtsregion getrennt.

Vorpommern ist Drehscheibe und Entwicklungskreuz für das Zusammenwachsen mit Polen, Skandinavien und dem Baltikum im europäischen Prozeß. Die vielfach als Nachteil empfundene geographische Lage muß in dieser Hinsicht positiv gewendet werden. Die erforderliche Entwicklung der Infrastruktur muß behutsam erfolgen und darauf gerichtet sein, daß die einzigartig schöne und noch weitgehend intakte Landschaft erhalten bleibt. Das ist im Hinblick auf Ballungsräume Deutschlands, besonders Berlins, ein ökonomischer Vorteil Vorpommerns für den Tourismus, für das Kur- und Gesundheitswesen und für eine moderne Dienstleistungsstruktur.

Der Zusammenarbeit mit Polen, besonders mit dem Stettiner Raum, messen wir in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eine hohe Bedeutung bei. Wir unterstützen die Ausweitung der Zusammenarbeit in der Euroregion Pommerania.

1.6. Verkehrspolitik

Die SPD setzt sich für eine Verkehrspolitik ein, die eine umweltgerechte, leistungsfähige und zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur entwickelt.

Unser Land wird zunehmend zur Verkehrsdrehscheibe im Skandinavien- und Osteuropaverkehr. Wir wollen moderne Verkehrsadern in Mecklenburg-Vorpommern schaffen, um durch sie Unternehmen in unser Land hereinzuholen. Dadurch schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Wir wollen wesentliche Verkehrsanteile von der Straße auf die Schiene verlagern. Deswegen werden wir vorrangig die Bahnstrecken Lübeck – Rostock – Stralsund; Rostock – Neustrelitz – Berlin, Rügen – Neubrandenburg/Pasewalk – Berlin sowie weitere wichtige Schienentrassen für den Personennahverkehr ausbauen. Die Entwicklung und Umsetzung moderner Güterverkehrskonzepte muß schneller vorangetrieben werden. Wir treten gegen eine Mittelkürzung beim Bau von Bundes- und Umgehungsstraßen zu Gunsten des Transrapid ein. Der Bau der Autobahn A 20 mit Rügenanbindung und der A 241 darf nicht weiter verzögert werden. Dies gilt auch für den vierspurigen Aus-

bau der B 96 von Neubrandenburg über Neustrelitz nach Berlin. Diese Bundesaufgaben müssen, wie in den Altbundesländern, auch in Mecklenburg-Vorpommern durch den Bund finanziert werden. Eine teilweise Finanzierung dieser Aufgaben durch das Land lehnen wir ab. Wir wollen den Landschaftsverbrauch beim Verkehrswegebau so gering wie möglich halten und den Natur- und Umweltschutz nachhaltig berücksichtigen.

Wir wollen Arbeitsplätze durch den Ausbau unserer Seehäfen schaffen. Das ist vor allem für den Verkehr im Ostseeraum von großer Bedeutung. Wir unterstützen gezielt Unternehmensansiedlungen an Hafenstandorten. Außerdem muß die Verkehrsanbindung zwischen Wasser und Land durch den Ausbau von Güterverkehrs- und Güterverteilzentren verbessert werden.

Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als ein unverzichtbares Element staatlicher Daseinsvorsorge auch für die Zukunft sichern und qualitativ weiterentwickeln. Mit der Stärkung des ÖPNV wollen wir Belastungen des Straßenverkehrs (Lärm, Erschütterungen, Abgase und Unfallrisiken) zurückdrängen und somit die Lebensqualität in den Städten verbessern. Öffentliche Verkehrsangebote ermöglichen Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger und leisten einen wichtigen Beitrag zur Umwelt- und Strukturpolitik.

Unter einem zeitgemäßen ÖPNV verstehen wir ein integriertes Angebot aller Verkehrs-

träger und aller Bedienungsformen. Der Schienenverkehr hat eindeutige Vorteile für schnelle Verbindungen und verdichtete Verkehrsströme, während der flexiblere Busverkehr in unserem dünn besiedelten Flächenland die räumliche Erschließung wahrnehmen muß. Auch Angebote im ländlichen Raum wie Anrufsammeltaxi, Anruf- bzw. Bürgerbus wollen wir zielgerichtet nutzen.

Wir werden den ÖPNV zu einem Dienstleistungsangebot aus einem Guß weiterentwickeln. Unser Motto ist: Ein Land – ein Fahrplan – ein übersichtliches Fahrschein- und Tarifsysteem. Insbesondere in den Stadtregionen unterstützen wir die Bildung von Verkehrsverbänden, um ein integriertes ÖPNV-Angebot zu schaffen.

Frauen sind im besonderen Maße im ländlichen Raum auf ein dichtes öffentliches Verkehrsangebot angewiesen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, daß es auch deshalb keine weiteren Einschränkungen im öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum geben wird.

Wir werden die Innenstädte vom Individualverkehr weiter entlasten. Dazu ist der Bau von Ortsumgehungen zu verstärken. In den Städten werden wir die Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs unterstützen. Dabei werden wir die Benutzerfreundlichkeit weiter verbessern, beispielsweise durch die Schaffung hell beleuchteter, und damit den Sicherheitsbedürfnissen von Frauen gerecht werdenden Haltestellen. In den Städten unterstützen wir die Sicherung

des öffentlichen Personennahverkehrs, wobei die notwendigen Betriebskostenzuschüsse an sinnvolle Leistungskriterien gebunden werden müssen. Wir setzen uns für die Einrichtung intelligenter städtischer Verkehrsleitsysteme ein.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern setzt die Beschlüsse der Bundespartei zum Transrapid um. Das heißt, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen das Projekt einer Transrapidverbindung zwischen Hamburg und Berlin ab und setzen uns statt dessen für die Aufnahme einer ICE-Strecke zwischen den beiden Großstädten mit Haltepunkt in Ludwigslust in den Schienenwegeausbauplan des Bundes ein. Die SPD begrüßt das Vorhaben der Bundespartei, die beteiligte Industrie bei der Suche nach einer verkehrspolitisch sinnvollen, ökologisch vertretbaren und wirtschaftlich rentablen ersten Anwendungsstrecke für die Magnetschwebbahn-Technik zu unterstützen.

Mit dem Bau von Radwegen wollen wir eine Alternative zum motorisierten Verkehr anbieten, Verkehrsströme entflechten und mehr Sicherheit für die kurzen Wege zur Schule, zur Arbeit oder in der Freizeit schaffen. Radwegenetze gehören besonders in unseren Tourismusregionen zur unverzichtbaren Infrastruktur. Sie tragen dazu bei, diesen für uns typischen und lebenswichtigen Wirtschaftsbereich noch erfolgreicher nutzen zu können.

Die Verkehrssicherheit zu erhöhen ist für uns eine vordringliche Aufgabe, die wir vor allem mit den Verkehrsteilnehmern selbst, aber auch mit verkehrspolitischen, bautechnischen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen angehen werden. Unser Land kann sich in der Unfallstatistik nicht länger einen Spitzenplatz leisten.

1.7. Arbeitsmarktpolitik

Die Bonner Arbeitsmarktpolitik ist gescheitert. Der rapide Anstieg der Arbeitslosenzahlen hat seine Ursache in erster Linie in einer verfehlten Bonner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wirtschaftswachstum allein ist nicht mehr in der Lage, nachhaltig für einen hohen Beschäftigungsgrad zu sorgen. Bundesweit gibt es mehr Arbeitslose als jemals seit der Weltwirtschaftskrise. Die SPD wird der gegenwärtigen Wirtschaft den sozialen Charakter zurückgeben. Dazu gehört eine aktive und strukturfördernde Arbeitsmarktpolitik, eine gerechtere Bewertung und Verteilung von Arbeit sowie eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte.

Wir bleiben bei unserem Grundsatz: Arbeit finanzieren, statt Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokraten haben mit dem Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) ein Konzept vorgelegt, das insbesondere den ostdeutschen Erfordernissen gerecht wird. Dieses werden wir bei einer Regierungsübernahme durch die SPD in Bonn umgehend einführen.

Das bedeutet u.a.

- 50 % der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik statt für Lohnersatzleistungen,
- Arbeitsförderung und Strukturentwicklung verbinden und dezentral an den regionalen Erfordernissen ausrichten,
- Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche bekommen einen Rechtsanspruch auf Arbeitsförderungsmaßnahmen.

Mit der öffentlich finanzierten Arbeit wollen wir aktive Strukturpolitik gestalten.

Wir schaffen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). In ihm sollen gemeinwohlorientierte Arbeiten geleistet werden, für die es keine Marktnachfrage im herkömmlichen Sinne, wohl aber gesellschaftlichen Bedarf gibt. Der ÖBS tritt nicht in Konkurrenz zum öffentlichen Dienst und soll ihn nicht verdrängen, sondern sich neben und zusätzlich zu ihm entfalten. In ihm werden zusätzliche Arbeiten – zu normalen tariflichen Bedingungen und mit normalen unbefristeten Arbeitsverträgen – von denen geleistet, die auf den herkömmlichen privaten und öffentlichen Arbeitsmärkten keine Beschäftigung finden. Der Öffentliche Beschäftigungssektor soll insbesondere in der Sozial- und Jugendarbeit sowie in ökologischen und kulturellen Bereichen Qualität und Kontinuität im Gegensatz zu bisher ausschließlich befristeten Maßnahmen der Arbeitsförderung erhöhen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und nicht nur derjenigen, die ihre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Deswegen muß aktive Arbeitsmarktpolitik über eine andere Verteilung der Steuereinnahmen finanziert werden.

Opfer der verfehlten Bonner Arbeitsmarktpolitik sind in unserem Land vor allem Frauen, die nach konservativer Ansicht ihren Platz zuallererst zu Hause haben. Durch Arbeitslosigkeit gehen besonders Frauen Anrechte an ihrer zukünftigen Altersrente verloren. Deshalb werden wir weiterhin verbindliche Zielvorgaben zur Beteiligung von Frauen an der aktiven Arbeitsmarktpolitik abstecken.

Der Sozialstaat hat zuerst die Aufgabe, den Menschen eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen. Deshalb werden wir Arbeit statt Sozialhilfe finanzieren, um Übergänge von der Arbeitslosigkeit in das Erwerbsleben zu schaffen. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger bekommen Zugang zu allen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung. Die Kooperation zwischen Sozial- und Arbeitsämtern wird verbessert. Einen neuen Niedriglohnsektor durch Einführung des sogenannten „Kombi-Lohns“ (Arbeitsentgelt plus Restansprüche aus der Sozialhilfe) und damit verbundene Herabsetzung des Anrechnungsprozentsatzes des Arbeitsentgelts auf die Sozialhilfe lehnen wir ab.

Wir sehen die Herausforderung der Zukunft in der Qualifikation und im Wissen der er-

werbsfähigen Menschen. Deshalb ist die ständige Weiterbildung als eine Voraussetzung der Wirtschaftsentwicklung notwendig. Unterstützend bieten wir Sozialdemokraten dafür die Weiterbildungsinformation und -beratung in bewährter Form und weiterhin kostenlos an. Bei einer Novelle des Weiterbildungsgesetzes werden wir Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens definieren und für die Jugend die Möglichkeit schaffen, an Weiterbildungsförderung teilzunehmen. Durch regionale Kooperation bei der Vermittlung und Qualifizierung der Arbeitnehmer und der Unternehmer verfolgen wir das Ziel, nicht am Bedarf vorbei zu qualifizieren.

1.8. Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern (AQMV)

Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ (AQMV) ist ein zentrales Vorhaben aus unserem Regierungsprogramm 1994 eingelöst. Wir verstehen unser Landesprogramm als sinnvolle Ergänzung zu einer sozialdemokratisch geprägten Arbeitsmarktpolitik des Bundes. Allerdings kann kein Landesprogramm eine falsche bundespolitische Weichenstellung wie die gegenwärtige ausgleichen. Dennoch haben wir erreicht, daß die Mittel für die Umsetzung unseres Programmes aufgestockt wurden. Eine effektivere Orientierung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erfordert gleichzeitig, der sozialen Stabilisierung von Langzeitarbeitslosen mehr Bedeutung zuzumessen.

Unternehmen, die Beschäftigung sichern und ausbauen, werden wir mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten gezielt unterstützen. Wir werden das Lohnkostenzuschußprogramm (LKZ) unter Berücksichtigung bundespolitischer Gesetzgebung fortsetzen.

Die Qualifizierung von Arbeitslosen werden wir branchen- und regionalspezifisch fortführen und die berufsbegleitende Weiterbildung ausbauen. Gute Beispiele, wie die Winterakademie für Beschäftigte im Tourismus, lassen sich auf andere saisonabhängige Branchen übertragen.

Marktorientierte Arbeitsförderbetriebe sind ein erfolgreiches Segment unserer Arbeitsmarktpolitik. Unser Ziel ist es, diese Unternehmen behutsam an den Markt heranzuführen.

Existenzgründer, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen, bekommen weiterhin ihre notwendige Qualifizierung. Die Bereitstellung von Gründungskapital soll ausgebaut werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind weiterhin für eine große Bevölkerungsgruppe in unserem Land notwendig. Die Kooperation von Beschäftigungsträgern untereinander sowie mit Betrieben werden wir unterstützen.

Arbeits-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften (ABS) haben sich grundsätzlich bewährt und werden weiter gebraucht. Wir werden die Stammkräfteförderung auf hohem Niveau aufrechterhalten

und der zukünftigen Situation anpassen. Gemeinsam mit den Experimentierfonds der Arbeitsämter werden wir neue Wege vor Ort gehen, um Beschäftigung zu erhalten. Wir treten dafür ein, daß die Trägergesellschaften des Landes ihr Tätigkeitsprofil an der regionalen und sektoralen Entwicklung ausrichten.

1.9. Arbeit gerechter verteilen

Wir Sozialdemokraten wollen dazu beitragen, daß die vorhandene Arbeit gleichmäßig und gerecht auf arbeitsfähige Frauen und Männer verteilt wird. Dies umfaßt sowohl die Erwerbsarbeit als auch die gesellschaftliche Arbeit, die gleichermaßen einbezogen wird. Arbeit heißt für den einzelnen nicht nur Existenzsicherung. Durch seine Arbeit nimmt der einzelne teil an der gesellschaftlichen Entwicklung, an der demokratischen Mitgestaltung seiner Umwelt. Wer keine Arbeit hat, ist ausgegrenzt.

Gegenwärtig ist die vorhandene Arbeit ungleich verteilt. Neben denen, die arbeitslos sind, gibt es die, die viele Überstunden leisten. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Abbau von Überstunden unterstützen. Den öffentlichen Dienst als größten Arbeitgeber in unserem Land wollen wir hinsichtlich eines effizienten Arbeitszeitmanagements zum Vorbild machen. Wir werden, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen, Modelle für flexible Arbeitszeitregelungen (von Teilzeitarbeit bis zu Jahreskonten) entwickeln.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für Modelle ein, die nicht nur bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit ansetzen, sondern auch Formen der Gestaltung einer verkürzten Lebensarbeitszeit sowie Arbeitszeitverkürzungen in Abstimmung mit Familienbedürfnissen oder Aus- und Weiterbildungszeiten beinhalten. Die lebenslange Vollerwerbsbiographie in einem einzigen Unternehmen wird zukünftig der Vergangenheit angehören. Um der Gefahr der Altersarmut zu begegnen, werden wir die notwendige Flexibilisierung in der Arbeitswelt und die höhere gesellschaftliche Mobilisierung mit einer Konsolidierung des Sozialsystems begleiten.

Sozialdumping, illegale Beschäftigung und systematische Schwarzarbeit untergraben die sozialen Sicherungssysteme, höhnen die Tarifordnung aus und bedrohen die Existenz legal arbeitender Unternehmen. Ein besonderes Augenmerk wird die SPD auf die Abschaffung von sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen bis zu einer Bagatellgrenze legen. Damit setzen wir uns klar von konservativer überholter Familienpolitik ab, die geringfügige Beschäftigung immer wieder als von Frauen gewünschten familienfreundlichen Zuverdienst zu legitimieren versucht. Wir werden mit einem Aktionsprogramm illegale Beschäftigung und die Vergabe von Schwarzarbeit sowie Schwarzarbeit selbst unter Ausschöpfung aller Sanktionsmöglichkeiten wirksamer als bisher bekämpfen.

Die SPD orientiert sich an dem Leitbild der eigenständigen Existenzsicherung und Altersversorgung als Leitlinie von Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit.

1.10. Ausbildung und Beschäftigung für die Jugend

Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland. Hierin liegt eine besondere Chance und Verantwortung. Wir wollen, daß möglichst viele junge Menschen in unserem Land bleiben und am Aufbau einer lebendigen und modernen Gesellschaft aktiv mitarbeiten. Deshalb braucht die Jugend Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Bis zum Jahre 2010 bleibt aufgrund der demographischen Entwicklung die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sehr kritisch. Die Wirtschaftskraft unseres Landes ist insgesamt noch zu schwach, um allen Schulabgängern einen betrieblichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Außerdem bilden Unternehmen, die es könnten, nicht immer genügend Jugendliche aus.

Sozialdemokratische Politik in Mecklenburg-Vorpommern gewährleistet mit ihrer Bildungspolitik den gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildung und Ausbildung in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Wir setzen uns daher für eine gezielte Ausbildungsinitiative für Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Solange die Wirtschaft die Ausbildungsplatznachfrage nicht befriedigt, ist es die Aufgabe der Bundesregierung, die Lücke zwischen Ausbildungskraft der Wirtschaft und dem Ausbildungsbedarf zu schließen. Dieses ist aber derzeit nicht der Fall. Wir werden deshalb über eine bundesrechtliche Regelung eine bundeseinheitliche solidarische Ausbildungsplatzabgabe für diejenigen Unternehmen einführen, die ihrer Ausbildungspflicht nicht nachkommen, obwohl sie dazu in der Lage wären. Zugleich werden wir diejenigen belohnen, die mehr ausbilden als sie selbst Bedarf haben. Außerdem werden wir ein verlässliches Bundesprogramm zur sicheren Ausbildung junger Menschen in den neuen Bundesländern einführen, bei dem auch die Landesregierung durch Komplementärfinanzierung in die Pflicht genommen wird.

Wir werden gemeinsam mit den Kammern dafür sorgen, daß die Entwicklung moderner und innovativer Berufsbilder und Ausbildungsprogramme nicht hinter der Entwicklung in unseren Unternehmen zurückbleibt. Unser Ziel ist es, Ausbildung direkt an den erkennbaren wirtschaftlichen Trends auszurichten. Dazu ist es auch notwendig, daß die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, andere Kulturen und Lebensweisen kennenzulernen und Fremdsprachen zu beherrschen. Der Schüler- und Jugendaustausch muß als gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft stärker gefördert und unterstützt werden.

Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Jugend nach der Ausbildung hat für uns oberste Priorität. Dazu werden wir erfolgreiche Programme anderer Staaten, z.B. Skandinaviens, analysieren, um Anregungen für ein konkretes Förderprogramm des Landes zur Absenkung der Jugendarbeitslosigkeit zu gewinnen. Zugleich werden wir kommunale Projekte – so z.B. das Modell der Produktionsschulen – an unsere Bedingungen anpassen und fördern, damit nicht vermittelte Jugendliche in Beschäftigung bleiben, aus der sie leichter reguläre Arbeitsverhältnisse erhalten können.

1.11. Gewerkschaften

Wir Sozialdemokraten werden die Gewerkschaften aktiv in die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einbeziehen. Wir respektieren ihre parteipolitische Unabhängigkeit.

Wir unterstützen gewerkschaftliche Forderungen nach rechtem Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit, nach Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen, nach starker Arbeitszeitverkürzung und nach Vollbeschäftigung. Wir zählen auf sie bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Tarifautonomie ist ein zentraler Bestandteil der Demokratie. Wir werden sie gegen jeden Angriff verteidigen. Tarifverträge, die die Rechtsstellung der einzelnen Arbeitnehmer sichern und stärken, erfordern starke streikfähige Gewerkschaften.

2. Politik für den ländlichen Raum

Die überwiegende Mehrheit der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns lebt im ländlichen Raum, der rund 90 Prozent der Fläche ausmacht. Deshalb werden wir Sozialdemokraten neben den industriellen Kernbereichen unserer Wirtschaft in der Politik für den ländlichen Raum einen zentralen Schwerpunkt unserer Arbeit sehen. Arbeit und Einkommen sind hier zu schaffen, indem wir eine integrierte Entwicklung fördern. Das heißt, daß die Vernetzung von Handwerk, Gewerbe, Handel, Dienstleistung, von innovativer Technologiepolitik, Agrarpolitik sowie Tourismusförderung und Raumordnung und Landesplanung im Zusammenwirken mit aktiver Arbeitsmarktpolitik eine Herausforderung bedeutet, der wir uns mit aller Kraft stellen werden. Ein Schwerpunkt wird die besonders beschäftigungsintensive ökologische Landwirtschaft sein. Dabei haben die sozialen und kulturellen Lebensfunktionen des ländlichen Raumes für uns einen zentralen Stellenwert. Um dies effektiv umsetzen zu können, streben wir die Einrichtung eines Regionalfonds an, der über einen zu bildenden EU-Strukturfonds finanziell begleitet wird.

Die Politik der Bundesregierung hat zu einer erheblichen Verunsicherung unter den Menschen auf dem Lande geführt. Offen oder verdeckt unterläuft sie seit 1990 die Bodenreform. Wir Sozialdemokraten werden mit allem Nachdruck die beutigen Eigentumsverhältnisse der land-

wirtschaftlichen Unternehmen verteidigen. Eine Umkehrung der Bodenreform werden wir verhindern. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin engagiert für die konsequente Umsetzung des Flächenerwerbsprogramms und des Entschädigungsgesetzes einsetzen. Unser Ziel ist es, daß alle ostdeutschen Bewerber nach den gesetzlichen Regeln Land kaufen können. Wir weisen die Versuche zurück, über die Hintertür „beihilferechtlicher Genehmigungen“ der EU-Kommission den Flächenerwerb für unsere Landwirte auszubeiteln. Wir werden außerdem Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern, indem wir auf eine gesetzliche Regelung des Bundes zur Entlastung bei Altschulden für die landwirtschaftlichen Betriebe hinwirken, die bei ordnungsgemäßer Wirtschaftsführung nicht in der Lage sind, die sogenannten Altschulden in einem betriebswirtschaftlich vertretbaren Zeitraum zu tilgen. Hiermit werden wir zum Fortbestand dieser Unternehmen beitragen.

Wir Sozialdemokraten haben wichtige Vorhaben unseres Regierungsprogramms von 1994 erfüllt. Neben der Sicherung der Bodenreform zählen wir dazu die Gründung der Absatzfördergesellschaft, die die Vermarktung unserer Agrarprodukte auf dem europäischen Binnenmarkt unterstützt. Wir haben die Vorarbeit für einen regionalen Wirtschaftskreislauf vom Produzenten bis zur Vermarktung in der Schweineproduktion umgesetzt. Wir verfolgen konsequent

die Ziele des Tierschutzes, wie der Einsatz gegen die Legeennenbatterie in Neubukow zeigt. Den Naturschutz auf ausgewählten forstwirtschaftlichen Flächen haben wir verbessert. Wir werden erneut eine Gesetzesinitiative zur Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz unternehmen.

2.1. Landwirtschaftspolitik

Wir Sozialdemokraten werden in der Landwirtschaft Arbeit und Einkommen schaffen, indem wir die regionalen Wirtschaftskreisläufe verbessern. Wir wollen erreichen, daß die landwirtschaftlichen Produkte und Rohstoffe höchsten Qualitätsanforderungen genügen und ihre Erzeugung umweltschonend erfolgt. Die Verarbeitung im eigenen Bundesland werden wir besonders fördern. Zielregionen für die Vermarktung sind die Ballungszentren im norddeutschen Raum bis hin in das Ruhrgebiet. Die Wertschöpfungskette werden wir voll ausnutzen.

Unser Ziel ist die flächendeckende Landbewirtschaftung. Dabei werden wir nach regional abgestimmten Programmen folgende Bereiche besonders fördern:

1. Produktion hochwertiger Lebensmittel und die Bereitstellung von Rohstoffen,
2. Grünlandextensivierung,
3. Obst- und Gemüseanbau und Verarbeitung,
4. Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung,
5. Aufforstung ertragsschwacher Böden,
6. Anbau nachwachsender Rohstoffe,
7. Ökologische Landwirtschaft.

Bei der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik setzen wir uns dafür ein, daß bei der Gewährung von Ausgleichszahlungen die Leistungen der Landwirte für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft honoriert werden. Diese Ausgleichszahlungen sind weiter an ökologische und soziale Kriterien sowie an die Veredelung und Verarbeitung von Primärprodukten zu binden. Gleichzeitig fordern wir eine weitreichende Vereinfachung von europäischen Verwaltungsvorschriften. Wir setzen uns für eine einheitliche Behandlung von Acker- und Grünlandflächen bei der Gewährung von Ausgleichsleistungen ein.

In der Förderung der beruflichen Bildung und in der Beratung landwirtschaftlicher Unternehmen sehen wir eine wichtige Grundlage für die Zukunftssicherung landwirtschaftlicher Unternehmen. Dazu gehört auch die Sicherung und die weitere, im Lande abgestimmte Entwicklung einer innovativen Grundlagen- und anwendungsorientierten Agrarwissenschaft.

Die gute Zusammenarbeit mit den Verbänden und Vereinen im Land werden wir weiter intensivieren. Unsere Politik im ländlichen Raum ist nicht nur eine Politik für, sondern vor allem eine Politik mit den Menschen. Wir werden die bestehende Rechtsstellung der Kleingärtner in unserem Land erhalten. Die Interessen der Kleingärtner, die auch eine wichtige ökologische Aufgabe in unseren Kommunen erfüllen, dürfen durch einseitige staatliche oder kommunale Maßnahmen nicht eingeschränkt werden.

2.2. Forstwirtschaftspolitik

Wir werden Arbeit und Einkommen schaffen, indem wir Schritt um Schritt unser Ziel verwirklichen, den Anteil der Waldfläche im Land von 21 % langfristig auf 30 % zu erhöhen. Unser Land darf nicht länger zu den waldärmsten Bundesländern gehören. Wir wollen dazu beitragen, daß die Bedeutung des einheimischen Holzes als nachwachsender Rohstoff wächst. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Privatisierung von Waldflächen in unseren Nationalparks lehnen wir ab.

Wir werden Wege suchen, um den regionalen Wirtschaftskreislauf in der Holzverarbeitung zu verbessern. Der Anbau, die Verarbeitung und die Veredlung von Holz und Holzprodukten aus unserem Land wollen wir unterstützen. Hier werden wir die Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft intensivieren. Wir verstehen dieses auch als Beitrag zur weltweiten Minimierung der Raubrodungen in Regenwäldern.

Wir sehen in der arbeitsintensiven naturnahen Forst- und Waldwirtschaft aber auch große Arbeitsmarktreserven, Möglichkeiten zur Schaffung zukunftssicherer und zukunftssichernder Arbeitsplätze. Die Abkehr von forstwirtschaftlichen Monokulturen reduziert das Waldschadenrisiko durch Windbruch oder Insektenbefall, erhöht den Erholungswert unserer Tourismusregion und ist gleichzeitig ein Beitrag zum Artenschutz.

2.3. Fischereipolitik

Wir werden Arbeit und Einkommen in der Fischwirtschaft unseres Landes sichern und ausbauen, indem wir die integrierte Wertschöpfungskette vom Fang über die Verarbeitung bis zur Vermarktung durchsetzen. Wir werden vor allem die Vermarktung der Produkte unserer einheimischen Fischer verbessern.

Wir werden dafür sorgen, daß die Vergabe der Fischfangquoten zugunsten unserer Fischer gerechter gestaltet wird. Wir streben an, strukturelle Wettbewerbsnachteile unserer Fischwirtschaft durch ein landesspezifisches Konzept zu überwinden. Notwendig ist es, neben dem Fischverarbeitungszentrum in Mukran eine eigene Fischereiflotte in unserem Land vorzuhalten, damit unsere Fischer Einkommensmöglichkeiten erwirtschaften.

Wir werden die Zusammenarbeit im Ostseeraum intensivieren. Unser Ziel ist es, ein einheitliches Ostseekonzept zur Pflege und Bewirtschaftung der Fischbestände durchzusetzen, damit es nicht zur Überfischung und damit zur Existenzgefährdung unserer Fischer kommt. Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen unsere eigene Fischfangflotte stärken.

3. Soziale Gerechtigkeit schaffen

Wir Sozialdemokraten wissen: Unsere Gesellschaft ist nur dann in der Lage, alle ihre Kräfte für ihre Erneuerung zu mobilisieren, wenn sie ein stabiles soziales System bereithält. Die Bereitschaft, hohe Leistungen zum Nutzen der Allgemeinheit zu erbringen, wächst, wenn dann auch sichergestellt werden kann, daß Menschen in Notlagen nicht alleingelassen werden.

Die konservative Bundesregierung hat in den letzten Jahren den sozialen Konsens in Deutschland aufgeündigt und damit der inneren Einheit Deutschlands geschadet. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, d. b. ihre Fähigkeit, den Menschen Arbeit und Einkommen zu sichern, und der Wille aller Deutschen zur energischen Erneuerung der Gesellschaft haben nachgelassen, weil die Bundesregierung die Axt an die Wurzeln des sozialen Sicherungssystems und an ein gerechtes Steuersystem gelegt hat.

Wir Sozialdemokraten werden das Solidarprinzip gegen das Ellenbogenprinzip einsetzen. Das bedeutet: Die Starken helfen den Schwachen, die Gesunden helfen den Kranken, die Jungen helfen den Alten und alle gemeinsam helfen denen, die keine Arbeit haben. Der Staat hat die Aufgabe, allen Menschen die notwendigen Hilfen zu geben, damit jeder sein Leben aus eigener Kraft in die Hand nehmen kann.

Ein weiteres Sparen des Bundes auf Kosten der neuen Länder nehmen wir nicht hin. Dieser Sparkurs führte zu einem ständigen Rückgang der Aufbaubilfen für unsere Wirtschaft, zu einem drastischen Rückgang der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, zu einer Entsolidarisierung in der Gesundheitsversorgung und zu einer erheblichen Gefährdung unserer neuen Einrichtungen im Kur- und Rehabilitationsbereich.

Wir Sozialdemokraten werden für einen zweiten Start zum „Aufbau Ost“ sorgen, für den das Prinzip einer solidarischen Gesellschaft Maßstab ist.

3.1. Bauen, Wohnen und Mieten

Der Wohnungsmarkt in unserem Land ist noch längst nicht ausgewogen. Einem Überangebot an Geschäftsräumen und hochwertigem teurem Wohnraum steht ein deutliches Unterangebot an preiswertem Wohnraum gegenüber. Einerseits sind zahlreiche neue Eigenheimsiedlungen entstanden, andererseits ist damit bereits eine teilweise Zersiedlung der Landschaft einhergegangen. Bei der Sanierung der Innenstädte haben wir große Fortschritte gemacht, aber der Investitionsbedarf ist nach wie vor sehr hoch. Der Bekämpfung der Obdachlosigkeit werden wir besondere Aufmerksamkeit schenken.

Wir Sozialdemokraten treten ein für eine sozial orientierte Wohnungswirtschaft. Wir sind und bleiben einer sozialen Wohnungspolitik verpflichtet, die sowohl die Bereitstellung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraumes für breite Schichten der Bevölkerung durchsetzt als auch die Förderung der Wohneigentumbildung unter sozialen Gesichtspunkten weiterführt. Die Bestandsförderung werden wir in unserer Förderpolitik stärker berücksichtigen und gegebenenfalls Vorrang vor Neubau einräumen.

Die Belebung der Innenstädte ist für uns von zentraler Bedeutung. Deshalb werden wir an der Belegungsbindung durch Kommunen und an der Zweckentfremdungsverordnung festhalten. Wohnungsbau- und Sanierungsmittel müssen zielgerichtet zur Sanierung unserer Innenstädte eingesetzt werden. Baulpolitik heißt für uns auch, qualitative Ansprüche an die Architektur zu stellen.

Wir werden besondere Anstrengungen unternehmen, um das Wohnen in Plattenbausiedlungen zu verbessern. Dazu zählt für uns sowohl die Sanierung des vorhandenen Wohnraums als auch die Verbesserung des Wohnumfeldes. Wir werden in experimentellen Formen den individuell unterschiedlichen Wohnbedürfnissen der Einwohner in Plattenbausiedlungen entgegenkommen und damit auch differenzierte Lösungen des Leerstandsproblems ermöglichen. Wir werden prüfen, ob durch eine Entkernung der Plattenbauten dieses Ziel erreicht werden kann. Die soziale Mischung dieser Siedlungen hat für uns auch unter dem Aspekt der

Verbesserung der inneren Sicherheit einen hohen Stellenwert. Gemischte Belegungsstrukturen fördern den sozialen Frieden. Bewohner müssen zu einem aktiven Engagement für ihr Wohngebiet motiviert werden.

Wir werden familiengerechtes Wohnen und Wohnen für Menschen mit Behinderungen besonders fördern. Hierzu gehört die Förderung von generationsintegriertem Wohnen.

Wir werden durch gesetzliche Maßnahmen den Mietern in Altbauten einen modernen Zustand ihrer Wohnungen zu bezahlbaren Mieten sichern. Deshalb hat für uns die Weiterführung des Wohngeldsondergesetzes für die neuen Bundesländer bis zur Angleichung der Einkommensverhältnisse Vorrang.

3.2. Gesundheitspolitik

Durch die verfehlte Gesundheitsstrukturpolitik der Bundesregierung ist die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen in unserem Land erheblich erschwert worden. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Versicherungsbeiträge im Bundesvergleich am höchsten, obwohl die Ausgaben der Krankenkassen am niedrigsten sind. Wir werden einen verbesserten Risikostrukturausgleich der Krankenkassen, der die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Krankenkassen stärkt, einsetzen. In Mecklenburg-Vorpommern gefährden die hohen Beiträge die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Die Bonner Sparpolitik hat außerdem in Mecklenburg-Vorpommern

viele nach der Wende neu geschaffene Arbeitsplätze im Kur- und Rehabilitationsbereich vernichtet, weitere gefährdet.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß die notwendige medizinische Versorgung bei Krankheit und Pflege für alle Menschen sichergestellt ist und bezahlbar bleibt. Eine Zwei-Klassen-Medizin wird es mit uns nicht geben. Wir werden eine effiziente und bürgernahe Gesundheitsstruktur anbieten, in der die Gesundheitsvorsorge, die Behandlung und die Nachsorge zum Zuge kommen. Kostensenkung und Stabilisierung werden wir sichern, indem wir die Einnahmeseite verbessern und bei nicht notwendigen Ausgaben sparen. Wir werden auch die Pharmaindustrie an den notwendigen Sparmaßnahmen beteiligen. Wir werden Bestrebungen zur Wiedereinführung der „Positivliste“ unterstützen.

Für die Gesundheitswirtschaft in unserem Land werden wir über die Änderung von Bundesgesetzen die drastischen Einschnitte im Rehabilitationsbereich korrigieren. Wir werden gegen jede Form der Regionalisierung im Gesundheitswesen auftreten. In einer engen Kooperation von Tourismus- und Gesundheitswirtschaft sehen wir einen zukunftsorientierten und arbeitsplatzsichernden Standortvorteil für Mecklenburg-Vorpommern. Unser Ziel ist es, Gesundheitsversorgung und Erholungsstandards auf höchstem Niveau und für breite Zielgruppen ganzjährig anzubieten. Deshalb werden wir verschiedene Sparten wie Hotels, Tourismusangebote, Kurwesen und

Kulturmarketing miteinander verknüpfen. Der „Gesundheitsurlaub in Mecklenburg-Vorpommern“ soll zu einem europäischen Markenzeichen werden.

Die Zuzahlungen der Patienten müssen im Gesundheitswesen wieder zurückgeführt werden. Sie dürfen nicht zu Leistungsausgrenzungen für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger führen. Auch für die nach dem 1. Januar 1978 Geborenen muß Zahnersatz wieder durch die Krankenversicherung finanziert werden. Wir werden für die vollständige Rücknahme der Zuzahlungen für chronisch Kranke und psychisch Kranke bei Psychotherapie eintreten, ebenso wie für die Koppelung von Zuzahlungs- und Beitragssatzsteigerung.

Wir werden im Land unsere moderne und bürgernahe Krankenhauslandschaft weiterentwickeln. Wir wollen keine weiteren Kliniken schließen. Statt dessen wollen wir den Nachholbedarf bei den Krankenhausinvestitionen auf hohem Niveau fortsetzen. Standortsicherheit ist für uns die Voraussetzung, um die Kooperation der Kliniken zwischen der Grund- und Regelversorgung und der Spezialversorgung zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit unserer Kliniken mit unseren Unternehmen im Bereich der Medizintechnik werden wir unterstützen.

Wir werden die qualitativ hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern. Der Hausarzt soll für jeden der „Lotse“ durch verschiedene Versorgungsbereiche sein. In Form von modernen inte-

grativen Gesundheitszentren werden wir die notwendige Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung verstärkt vorantreiben. Durch Formen der ärztlichen Kooperation garantieren wir ein funktionierendes Praxisnetz zur umfassenden Betreuung der Patienten. Ein funktionierendes Netzwerk ist kostengünstig durch Vermeidung von Doppeluntersuchungen, Einrichtung von Notfallambulanzen und die verstärkte Durchführung von ambulanten Operationen. Unser Ziel ist es, die Beitragszahler durch Senkung der Kosten zu entlasten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß vorbeugende Schutzimpfungen gefördert werden.

3.3. Familienpolitik

Familien und andere Formen der Lebensgemeinschaft haben für den dauerhaften Bestand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft eine herausragende Bedeutung. In ihnen werden Verhaltensweisen wie Toleranz, Solidarität und die Achtung verschiedener Generationen eingeübt. In ihnen wird vor allem aber auch die größte „soziale Dienstleistung“ in der Gesellschaft erbracht.

Wir setzen uns dafür ein, daß durch finanzielle Garantien und Möglichkeiten zur Kooperation und Vernetzung das bestehende umfangreiche Beratungsnetz für Familien auch langfristig gesichert bleibt. Deshalb werden wir Sozialdemokraten die Lebensbedingungen von Familien verbessern. Dazu zählen wir, daß Frauen und Männer einen gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen müssen.

Es muß wieder ein Wert an sich sein, mit Kindern in einer Familie zu leben. Kinder sind die Zukunft der sozialen Sicherung unserer Gesellschaft. Wir wollen daher erreichen, daß unsere Gesellschaft insgesamt familien- und kinderfreundlicher wird. Dazu zählt für uns, daß die Steuerpolitik familien-gerechter wird und daß Familienarbeit, also Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten, bei der Altersversorgung gerechter berücksichtigt werden. Kindertagesstätten haben nicht nur eine Betreuungsfunktion, sondern auch einen Bildungs- und Erziehungsauftrag und sind somit für uns Säulen der sozialen Grundversorgung. Eine Koppelung des Platzanspruches an die Berufstätigkeit oder ähnliche Hinderungsgründe der Eltern sind nicht gerechtfertigt, da sie die Chancengleichheit der Kinder und der Familien verhindert.

Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die für die Verhinderung neuer Abhängigkeiten bei Kindern und Jugendlichen von Drogen, Alkohol und Nikotin geeignet sind (z.B. Werbeverbot, Aufklärung, Rauchverbote).

3.4. Soziale Sicherung für Frauen und Alleinerziehende

Der Rentenversicherungsbericht 1996 weist eine Durchschnittsrente für Frauen von 794 DM und eine Durchschnittsrente für Männer von 1.744 DM auf. Hinter diesen Alterseinkommen verbirgt sich nicht nur die immer noch geringere Entlohnung von Frauen während ihres Erwerbslebens. Die

Durchschnittsrenten machen vor allem deutlich, daß das deutsche Rentensystem auf der männlich geprägten Normalbiographie begründet ist, die gekennzeichnet ist durch ein Berufsleben ohne familienbedingte Unterbrechungszeiten.

Geringere Altersversorgung wegen Berufsunterbrechung aufgrund von Kindererziehung, Abdrängen in Branchen mit geringerem Entgelt, fehlende Aufstiegschancen sowie Tätigkeitszuweisungen auf unteren Hierarchieebenen und überproportional hohe Teilzeitquoten sind Ursachen, die für Frauen aufgrund lebenslanger Diskriminierung immer häufiger Altersarmut zur Folge haben.

Für die SPD ist die eigenständige existenzsichernde Altersversorgung von Frauen ein Grundanliegen. Um dies zu erreichen, will sie u. a. die Teilung von Rentenanwartschaften für Eheleute und Lebensgemeinschaften, eine deutliche Verbesserung der rentenrechtlichen Anerkennung von Kindererziehungszeiten und eine Korrektur des Renteneintrittsalters von Frauen, das von der Bundesregierung unter Mißachtung des Vertrauensschutzes durchgeboxt worden ist. Auch die Einbeziehung sozialversicherungsfreier Beschäftigung ist für sozialdemokratische Sozialpolitik ein Beitrag zu mehr Rentengerechtigkeit.

Wie in vielen gesetzlichen Regelungen stecken auch im Steuerrecht Benachteiligungen, die dem Anspruch von Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit nicht entspre-

chen. Die SPD orientiert sich auch im Steuerrecht an der Gleichbehandlung von Frauen und Männern unter Einbeziehung frauenspezifischer Lebensmuster.

Das Ehegattensplitting muß durch steuerrechtliche Veränderungen ersetzt werden. Die SPD will anstelle der Subventionierung der Hausfrauenehe Unterhaltsaufwendungen für Ehegatten und Kinder einführen. Der Steuervorteil soll an das Zusammenleben mit Kindern gebunden werden. Für Unterhaltsberechtigte ist gleichzeitig das sogenannte steuerfreie Existenzminimum bzw. Kindergeld stufenweise auf ein tatsächliches Existenzminimum zu erhöhen.

Bei Berufstätigkeit beider Elternteile bzw. eines alleinerziehenden Elternteils sollen die Kinderbetreuungskosten in vollem Umfang als Werbungskosten berücksichtigt werden können.

Sozialdemokratische Politik heißt, daß sich auch im Steuerrecht Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit widerspiegeln.

3.5. Politik für ältere Menschen

Wir Sozialdemokraten werden das Wissen junger Menschen mit den Erfahrungen älterer Menschen zum Nutzen der ganzen Gesellschaft verbinden. Besonders bei uns in den neuen Bundesländern können wir das Engagement älterer Menschen mobilisieren.

Viele ältere Menschen leisten bereits in Vereinen und Verbänden, in Kirchengemeinden,

in Parteien, in Familienunternehmen und in Kommunalvertretungen eine vielfach geachtete und anerkannte Arbeit für die Allgemeinheit. Wir werden über die Besserstellung ehrenamtlicher Arbeit die freiwillige Mitarbeit älterer Menschen weiter mobilisieren. Wir streben die Stärkung der Seniorenbeiräte auf kommunaler und Landesebene an.

Wir treten für einen altengerechten Personennahverkehr ein, um die Mobilität älterer Menschen zu fördern. Außerdem werden wir die Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Menschen, z.B. durch die Öffnung der Hochschulen, verbessern.

Unser Ziel ist es, daß Menschen im Alter so lange wie möglich ein eigenständiges Leben in ihrer eigenen Wohnung führen können. Deshalb haben wir den generationsübergreifenden Wohnungsbau ebenso unterstützt wie das betreute Wohnen. Diese Politik werden wir fortsetzen. Wir werden uns für die wesentliche Verbesserung des Kündigungsschutzes für die Wohnungen älterer Bürger einsetzen. Wir werden außerdem Einrichtungen der offenen Altenhilfe unterstützen, um für ältere Menschen Angebote für soziale Netze bereitzuhalten, die der Vereinsamung entgegenwirken sollen.

Der Platz in einem Alten- oder Pflegeheim muß bezahlbar sein. Die Modernisierung unserer Alten- und Pflegeheime setzen wir fort. Wir treten außerdem für eine qualitativ gute Betreuung in der stationären Pflege ein.

3.6. Politik für Menschen mit Behinderungen

Wir Sozialdemokraten werden die Lebensbedingungen Behinderter so gestalten, daß ihre Integration in die Gesellschaft möglich ist. Dazu werden wir die Arbeits- und Wohnbedingungen (wie das betreute Wohnen) für Behinderte verbessern.

Wir werden die Straßen, den ÖPNV und die öffentlichen Einrichtungen so gestalten, daß sie auch den Bedürfnissen behinderter Menschen entsprechen. Deshalb werden wir durch gesetzliche Vorschriften das barrierefreie Bauen festschreiben.

Der Ausbau und die Förderung von behindertengerechten Urlaubs- und Freizeiteinrichtungen ist für uns im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern eine vordringliche Aufgabe.

Unser Ziel ist es, behinderte Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Deshalb wurden auf Initiative der SPD die Werkstätten für Behinderte stark ausgebaut. Wir werden uns dort, wo es an Arbeit und Aufträgen mangelt, für deren Beschaffung einsetzen. Wir werden die Integration von behinderten Menschen in privaten und öffentlichen Betrieben fördern. Das Programm für die Einstellung von Behinderten in den Landesdienst setzen wir fort.

Wir werden uns weiter für den Erhalt und den Ausbau von Wohnheimen und Tagesstätten für Behinderte einsetzen. Außerdem wollen wir die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und in Schulen fördern.

Priorität hat für uns die Durchsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes auf Bundesebene. Bis wir dieses Ziel erreichen, werden wir das Integrationsförderungsgesetz auf Landesebene, das insbesondere die Landesbauordnung, das Schulgesetz, das Kindertagesstättengesetz, das Psychatrie-Gesetz, die landesrechtlichen Richtlinien für den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Wohnungsbauförderung, den Personenverkehr und die Verkehrsanlagen umfaßt, einführen.

Wir werden uns auf Bundesebene für ein eigenständiges Leistungsgesetz für Behinderte (Sozialgesetzbuch IX) einsetzen. Im Pflegebereich sehen wir es als unabdingbar an, die Lücken gesetzlicher Regelungen bei den familienentlastenden Diensten zu schließen.

3.7. Sucht- und Drogenpolitik

Wir Sozialdemokraten stehen für eine glaubwürdige Drogenpolitik. Der Mißbrauch legaler Drogen, wie Alkohol, Medikamente und Nikotin darf nicht verharmlost, die Abhängigkeit von illegalen Drogen nicht pauschal kriminalisiert werden. Sucht ist Krankheit. Suchtkranke brauchen Hilfe und dürfen daher nicht als Kriminelle betrachtet werden.

Konsum, Mißbrauch und schließlich Abhängigkeit von Drogen ist oft die hilflose Reaktion auf eine soziale Umwelt, in der man sich nicht mehr zurechtfindet. Daher ist die Bekämpfung der Ursachen von Sucht vorrangig. Die Suchtprävention muß altersmäßig vor einem möglichen Suchtkonsum ansetzen. Wir wollen eine langfristig orientierte Suchtprävention in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Freizeit, Familie und Beruf. Diese Präventionskette muß kontinuierlich sein und darf keine Lücken aufweisen.

Wir werden durch Bekämpfung des Drogenhandels, Aufklärung und Vorbeugung, Therapie und Hilfsangebote sowie Substitution die Voraussetzungen für ein Leben ohne Sucht schaffen. Prävention ist dabei entscheidend und heißt zunächst vor allem Information, Aufklärung und Beratung. Wir fordern daher eine Einschränkung der Alkoholwerbung und eine Begrenzung der Verfügbarkeit von Alkohol. Dazu gehört eine Verstärkung der Kontrollen zur Einhaltung der Bestimmungen des Jugendschutzes, ein Verbot des Verkaufs von Schnaps an Tankstellen, die Vereinheitlichung einer erhöhten Alkoholsteuer mit Zweckbindung der Mehreinnahmen für Prävention im Gesundheitswesen und die Einführung der 0,0 Promille Grenze im Straßenverkehr.

Prävention braucht Kontinuität. Deshalb wollen wir Festeinstellungen für erfahrene Suchtberater.

Für uns ist es wichtig, daß Arbeits- und Wohnprojekte und Projekte der Schuldenregulierung noch effektiver die Bedürfnisse Suchtkranker berücksichtigen. Dort, wo präventive Maßnahmen zu spät einsetzen, werden wir Sozialdemokraten mit einem ausreichenden Angebot an Beratungsstellen und einer bedarfsorientierten Zahl an Therapieplätzen den Ausstieg aus der Sucht fördern.

Die Gesellschaft muß vor den Folgen des Drogenmißbrauchs geschützt werden. Wir halten ordnungspolitische Maßnahmen für richtig, wenn sie die Profiteure des organisierten Drogenhandels treffen, dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gerecht werden und die Drogenabhängigen nicht wegen ihrer Sucht kriminalisieren.

4. Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung sind zentrale Elemente der Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung. Als rohstoffarmes und strukturschwaches Land sind Wissen und Kompetenz für uns die wichtigste Ressourcen. Nur mit innovativen Produkten, intelligenten Dienstleistungen und der Modernisierung von Staat und Wirtschaft können wir im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen und damit Arbeitsplätze schaffen.

Bildung und Kultur bestimmen Lebensqualität und sichern diese zugleich für zukünftige Generationen. Grundsätzlich sind dazu die Voraussetzungen gegeben. So haben wir mit dem Kindertagesstättengesetz, dem Schulgesetz, dem Jugendförderungsgesetz und der Neuordnung der Hochschullandschaft grundlegende Rahmenbedingungen geschaffen. Dennoch wird eine sozialdemokratische Landesregierung intensiv weiter an einer Reform des Bildungs- und Wissenschaftssystems arbeiten, um dieses an die Anforderungen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts anzupassen. Diesen Anforderungen können nur in einer Gesellschaft lernender und lernfähiger Menschen entsprochen werden. Wir wollen lebenslanges Lernen fördern.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß neben großen finanziellen Problemen auch schwierige Aufgaben bei der weiteren strukturellen und organisatorischen Entwicklung des Bildungswesens gelöst werden müssen. Wir treten uneingeschränkt für die Verwirklichung von Chancengleichheit beim Bildungserwerb ein. Sozialdemokratische Bildungspolitik legt besonderen Wert auf die Einbeziehung von Wissens-, Fähigkeits- und Wertevermittlung sowie auf die Förderung und Forderung von Leistungen. Wir treten für die Herausbildung persönlicher und sozialer Kompetenz ein, unabhängig davon, auf welche gesellschaftliche Aufgabe wir junge Menschen vorbereiten. Eine Gesellschaft ohne hochentwickelte soziale Beziehungen hat keine Zukunft. Wir werden ein Bildungsfreistellungsgesetz beschließen, das außerberufliche Fortbildung und soziale Weiterbildung ermöglicht.

Die SPD greift die Kritik an einer Bildung auf, die überholte Rollenbilder vermittelt. Ihr Bildungsverständnis orientiert sich an gleichberechtigter Bildung, die nicht auf geschlechterorientierten Rollenzuweisungen basiert. Nur so werden Mädchen und Jungen in ihren unterschiedlichen Entwicklungsstufen, unterschiedlichen Interessen und Sozialkompetenzen wahr- und ernstgenommen. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und der Schlüssel für eine geschlechterunabhängige Berufsorientierung.

Wir Sozialdemokraten lassen uns von den Zielen Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit leiten. Diese Grundüberzeugungen sind für uns der Maßstab, an dem wir die Maßnahmen in den einzelnen Bereichen der Bildung, der Aus- und Weiterbildung, der Wissenschaft sowie in Sport, Freizeit und Kultur ausrichten. Die Sozialdemokratische Partei Mecklenburg-Vorpommerns setzt sich für die Förderung der plattdeutschen Sprache ein. Hierzu muß gewährleistet sein, daß an allgemeinbildenden Schulen Unterricht in plattdeutscher Sprache als Fakultativunterricht erteilt wird.

4.1. Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die Schule muß zum Haus des Lernens weiterentwickelt werden, in dem gemeinschaftlich gelernt, erlebt, erfahren und gestritten wird. Bildung darf nicht zum Privileg einzelner werden. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendliche beim Zugang und Erwerb von Bildung. Schule verstehen wir als Ort, an dem sich Kinder aller gesellschaftlichen Schichten begegnen.

Mit dem Schulgesetz von 1996 wurden die Weichen für die Entwicklung des Schulsystems in Mecklenburg-Vorpommern in diese Richtung gestellt. Pluralität, Leistungsforderung und -förderung, Durchlässigkeit und Eigenverantwortung sind darin gesetzlich verankert. Das Gesetz bietet Gestaltungsraum und garantiert die Umsetzung vielfältiger Konzepte. Pädagogen, Eltern, Schülerinnen und Schüler sind aufgefordert, diese Möglichkeiten zu nutzen. Es liegt in

unserer Verantwortung, das Schulgesetz zu präzisieren bzw. zu ergänzen. Wir werden die Abstimmung der Rahmenpläne und der Stundentafeln zwischen den verschiedenen Schularten fortssetzen, um die Durchlässigkeit zu verbessern.

Wir Sozialdemokraten werden weiter dafür Sorge tragen, daß allen Kindern alle Schulabschlüsse in zumutbarer Entfernung („Kurze Wege für kurze Beine“) angeboten werden. Dazu wird das Programm „Kleine Grundschule“ weitergeführt und ausgeweitet. Das heißt auch, daß wir uns zur 6 jährigen Grundschule bekennen. Dafür sind mittel- und langfristig die Voraussetzungen zu schaffen.

Entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes werden wir das zehnte Hauptschuljahr so fördern, daß auch Schüler mit Hauptschulabschluß bessere Berufsperspektiven erhalten. Gesamtschulen werden als spezifisches pädagogisches Modell des gemeinschaftlichen Lernens gleichberechtigt neben anderen Schularten gefördert und bei Bedarf auch neu errichtet. Außerdem wollen wir die Angebote an Ganztagschulen verstärken. Die Beschulung von Kindern mit Behinderungen werden wir nach dem Grundsatz „Regelschule wo möglich und Förderschule wo nötig“ umsetzen. In den Integrationsklassen werden wir einen bedarfsgerechten Einsatz von Zweitlehrern und anderem Fachpersonal anstreben.

Die Weiterentwicklung der gymnasialen Bildung steht im Zusammenhang mit der angestrebten Verkürzung der Schulzeit. Wir treten für eine bundesweit einheitliche Dauer der gymnasialen Ausbildung ein. Wir befördern die Straffung und Modernisierung der Lehrpläne und des Unterrichts als wesentliche Voraussetzung zur Verkürzung der Schulzeit. Bis dahin wird das Abitur in Mecklenburg-Vorpommern nach 13 Schuljahren abgelegt.

Wir setzen uns für eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Pädagogen und für eine Modernisierung der Lehrerbildung ein. Wir Sozialdemokraten werden die Qualitätskontrolle und den Wettbewerb sowohl der öffentlichen Schulen untereinander als auch mit Schulen in freier Trägerschaft als Ergänzung und Impulsgeber für alternative pädagogische Konzepte befördern.

Wir wollen die einzelnen Schulen in ihrer Autonomie stärken und ihre Verzahnung mit dem Wohnumfeld vertiefen. Dazu ist die Mitwirkung von Eltern und Schülern auf gleichberechtigter Grundlage nötig. Deshalb wird die drittelparitätische Zusammensetzung der Schulkonferenzen aus Lehrern, Eltern und Schülern eingeführt. Die Schulen organisieren den Unterricht und die außerunterrichtlichen Angebote nach dem Prinzip „fordern und fördern“, um Leistungsorientierung und soziale Kompetenz zu erreichen. Zugleich sollen die Schulträger noch deutlicher ihrer Verantwortung für die Entwicklungsperspektiven der Schulen

im Einzugsbereich gerecht werden. Im Zuge der weiteren Internationalisierung des gesellschaftlichen und kommunikativen Lebens muß auch die Schule ihren Beitrag leisten. Wir wollen Schüler- und Lehreraustausche verstärken und den frühbeginnenenden Fremdsprachenunterricht weiter ausbauen. Die Ausstattung der Schulen mit modernen Lehr- und Lernmitteln, insbesondere mit Personalcomputern, muß deutlich verbessert werden.

Die SPD wird ihren Beitrag dazu leisten, daß allgemeinbildende Schulen im Bereich der Berufsfrühorientierung mit außerschulischen Angeboten die Vorarbeit für mehr Chancengleichheit leisten. Dazu gehört auch, daß sich die Schulen auf die veränderten Anforderungen der Wirtschaft einstellen und zukunftsorientierte Kommunikationstechnik in allen Schularten und auf allen Schulstufen gleichermaßen für Mädchen und Jungen zur alltäglichen Lehr- und Lernpraxis machen.

Angesichts der sich weiter verschlechternden Bedingungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt wird der Reform der beruflichen Ausbildung ein hohes Augenmerk zukommen. Mit der zunehmenden Verstaatlichung der beruflichen Ausbildung durch den Einsatz öffentlicher Mittel für die berufspraktische Ausbildung wird das anerkannte System der dualen Ausbildung gefährdet. Die Verantwortung für die berufliche Ausbildung muß wieder gerecht zwischen Staat und Wirtschaft verteilt und entsprechend den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte

inhaltlich angepaßt werden. Die beruflichen Schulen des Landes sind als ein Partner des dualen Ausbildungssystem in ihrer personellen und materiellen Ausstattung sowie in der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung schwerpunktmäßig zu fördern.

Die beruflichen Schulen müssen den Anforderungen des Arbeitsmarktes, insbesondere der neuen und modernisierten Berufe entsprechen. Dazu müssen Verfahren zur Er- und Überarbeitung von Ausbildungsordnungen entbürokratisiert, ihre inhaltlichen Konzeptionen aktualisiert, die materielle und personelle Ausstattung der beruflichen Schulen verbessert und die Kooperation mit den Betrieben vertieft werden. Die berufliche Ausbildung selbst muß in Schule und Betrieb attraktiver und innovativer werden. Sie muß so breit angelegt sein, daß sie den Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer flexiblen Umschulung und Fortbildung freien Raum läßt. Wir werden uns dafür einsetzen, daß vollzeitschulische Maßnahmen zu einem anerkannten Kammerabschluß führen.

4.2. Hochschulbildung und Forschungsförderung

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes bilden eine entscheidende Grundlage für den weiteren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sichern auf der Grundlage des Hochschulgesamtplans die im Land bestehenden zwei Universitäten, die künstlerische Hochschu-

le, die drei Fachhochschulen sowie neben den neuen hochschulnahen Forschungszentren die vier Forschungsinstitute der Wissenschaftsgemeinschaft „Gottfried-Wilhelm-Leibniz“ (Blaue Liste) und die zwei Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Unser Land ist damit Standort eines erheblichen Forschungspotentials für die Grundlagen- und Anwendungsforschung sowie für den Technologietransfer. Wir fordern die Weiterentwicklung und inhaltliche Profilierung von Lehre, Forschung und Weiterbildung sowie die weitere Verzahnung mit der Wirtschaft. Daraus resultierende Möglichkeiten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden wir konsequent fördern.

Eine sozialdemokratische Landesregierung stellt sich die Aufgabe, den Wissenschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern in zukunftssträchtigen und trendsetzenden Gebieten, wie etwa der Bio- und Umwelttechnologie, der Agrarökologie und der maritimen Wissenschaften sowie der Kommunikations- und Informationstechnologien, im Spitzenfeld der Bundesrepublik und im Ostseeraum zu plazieren. Dazu ist es nötig, die hochschul- und forschungspolitischen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, um anerkannte Wissenschaftler, Institutionen und Forschungsaufträge einzuwerben.

Dazu gehört, daß der bereits begonnene Ausbau der Hochschulen zügig fortgeführt, die inhaltliche Entwicklung und organisatorische sowie auch zunehmend finanzielle Steuerung stärker in die hochschulische Verantwortung übertragen und eine engere

Verbindung von Hochschule und Forschungsstätten mit Einrichtungen aus Wirtschaft, Bildung und Kultur erreicht werden. Es ist aber auch nötig, daß sich die Universitäten und insbesondere die Fachhochschulen noch stärker als Dienstleister für die Entwicklung unseres Bundeslandes profilieren und ihr geistiges Potential von Staat und Wirtschaft intensiver genutzt wird. Hierzu wird die SPD das anwendungsorientierte Forschungsförderprogramm des Landes zielgerichtet weiterentwickeln und nutzerfreundlicher gestalten.

Die Hochschulen sind Zentren der geistigen Auseinandersetzung. Wir setzen uns für die gleichwertige Förderung von Natur- und Geisteswissenschaften, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung, technologischem Fortschritt und Technikfolgenabschätzung, Theorie und Praxis sowie Verbindung von Forschung und Lehre ein. Neben ihrer wirtschaftsfördernden Funktion haben die Hochschulen eine wichtige Bedeutung als Zentren der geistigen Auseinandersetzung, die nicht nur die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden, sondern darüber hinaus die Einstellungen und Bewerbungsmuster der gesamten Gesellschaft prägen. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung, Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften, technologischer Fortschritt und Technikfolgenabschätzung, Theorie und Praxis sind sich bedingende Elemente, die insgesamt der gleichgewichtigen Förderung des Landes bedürfen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird alle Möglichkeiten nutzen, um den Zugang zu den Hochschulen zu erleichtern, die Studienorganisation zu straffen, die Evaluierung und Qualitätskontrolle unter Einbeziehung der Studierenden zu verstärken und den internationalen Austausch (insbesondere mit dem Baltikum, Westeuropa und Nordamerika) zu verstetigen. Mit einer Novelle des Landeshochschulgesetzes wollen wir Motivation und Eigenverantwortung in den Hochschulen stärken. Eingangsprüfungen, Zwangsexmatrikulationen und Studiengebühren lehnen wir ab. Die Ausbildungsförderung (BAföG) muß Hochschulbildung unabhängig von sozialer oder finanzieller Stellung der Studierenden ermöglichen. Wir werden es nicht zulassen, daß der Bund sich weiterhin aus seiner finanziellen Mitverantwortung beim Hochschulbau und der Wissenschaftsförderung zurückzieht.

In der Forschungsförderung geht es in erster Linie darum, die vorhandenen Forschungseinrichtungen auszubauen und neue anzusiedeln, eine engere Kooperation zwischen diesen herzustellen, die Forschungsergebnisse schnell in der Praxis umzusetzen und patentrechtlich zu schützen sowie den Forschern einen möglichst großen Freiraum für kreative und innovative Projekte zu bieten. Dazu werden wir neben der Verbundforschung zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen auch die Nachwuchsförderung verstärken sowie Professoren und Hochschulmitarbeitern den Weg in Existenzgründungen (z.B. Teilzeitprofessuren und Ausgründungen) erleichtern.

Eine Strukturreform der Hochschulen ist die Voraussetzung für eine neue Qualität der Frauenförderung und damit die Entwicklung der Gesellschaft. Dazu müssen Qualitäts- und Leistungskriterien, Anreiz- und Sanktionssysteme festgeschrieben werden sowie die Frauen- und Geschlechterforschung einbezogen und deren Erkenntnisse genutzt werden.

4.3. Jugend

Mecklenburg-Vorpommern braucht seine Jugend. Ein Land ohne Jugend ist ein Land ohne Zukunft. Wir wollen erreichen, daß die Jugend sich hier engagiert und kritisch in die Gesellschaft einmischet. Dazu zählt auch, daß die Gesellschaft Kritik akzeptiert und bereit zu Veränderungen ist. Wir werden dafür sorgen, daß Jugendliche schon ab 16 Jahren aktiv an den zukünftigen Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen können.

Die demographische Entwicklung stellt uns vor große Herausforderungen. Durch den drastischen Rückgang der Geburtenrate seit 1990 wird die Zahl der jungen Erwachsenen im Jahr 2003 doppelt so hoch sein, wie die Zahl der Schüler und jüngeren Jugendlichen. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß alle Beteiligten ihre Bemühungen für eine qualitativ niveauvolle Ausbildung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen erhöhen. Nach Regierungsübernahme werden wir eine Bundesratsinitiative zur Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen auf Bundesesebene für ein Jugendbeschäftigungsprogramm ergreifen.

Wir werden uns für die Erarbeitung und Fortschreibung einer Landesjugendkonzeption einsetzen, die Grundlage für die Richtlinien zum Landesjugendplan und die Gestaltung anderer Jugendhilfebereiche sein soll. Diese Konzeption wird als Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen und freien Trägern initiiert. Wir werden das Ehrenamt in der Jugendarbeit unterstützen, Jugendinformationsdienste aufbauen und Mitwirkungsmöglichkeiten für junge Menschen stärken (Kommunalverfassung, Schulgesetz, Jugendförderungsgesetz). Wir werden deshalb Initiativen zur Bildung von Kinder- und Jugendparlamenten fördern und dafür sorgen, daß Gemeinden bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

Wir brauchen für unser Land eine Jugend, die mobil ist, damit das Leben unseres Landes in Europa und darüber hinaus bekannt wird und die Jugend mit interessanten und zukunftsweisenden Anregungen zurückkommt. Wir treten für eine Förderung der Sprachausbildung, für eine Auseinandersetzung mit den Traditionen des Landes und für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Volkes ein. Wer seine eigenen kulturellen Wurzeln kennt, kann sich andere Kulturen konstruktiv erschließen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Struktur der überörtlichen Jugendhilfe verbessert und die Aufgabenverteilung zwischen den örtlichen und den überörtlichen Jugendhilfeträgern neu bestimmt wird.

4.4. Sport

In unserem Land gibt es eine vielfältige Landschaft von Sportvereinen. Der Spitzensport hat bedeutende internationale Erfolge erringen können. Spitzenleistungen sind aber nur dann langfristig erreichbar, wenn der Breitensport vom Land eine ausreichende Förderung erfährt und besonders die vielen ehrenamtlichen Mitbürger in den Sportvereinen unterstützt werden. Die hauptamtlichen Trainer, Übungsleiter und Sportkoordinatoren werden wir weiterhin finanziell absichern.

Für uns Sozialdemokraten hat der Sport, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, eine wichtige soziale Funktion.

Wir wollen ein Sportförderungsgesetz, um für die Unterstützung des Sports eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die Sicherheit, Kontinuität und Planbarkeit der sportlichen Entwicklung gewährleistet.

Wir werden weiterhin den Bund für seine Verantwortung im Sport in die Pflicht nehmen und die Kommunen bei der Sanierung und beim Bau von Sportstätten unterstützen.

Wir bekennen uns zum FC „Hansa Rostock“ Verein, die Stadt Rostock und das Land Mecklenburg-Vorpommern unternehmen gemeinsame Anstrengungen, das Ostseestadion auf internationalen Stand zu bringen.

4.5. Kultur

Für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist Kultur ein unverzichtbarer Teil des Lebensalltags. Sie befähigt zur Kommunikation, fördert die Identitätsfindung und ist eine wesentliche Grundlage für die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kultur hat eine unmittelbare soziale Funktion. Sozialdemokratische Kulturpolitik will Kreativität, Offenheit und Wahrnehmungsfähigkeit aktivieren.

Wir werden uns für Chancengleichheit beim Zugang zu kultureller Bildung und bei der Teilhabe an künstlerischen Leistungen einsetzen. Die SPD will die Chancen der neuen Medien und Kommunikationstechnologien ausschöpfen und die Zugangsmöglichkeiten zu elektronischen Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

In unserem Land sind vielfältige Formen der Aneignung von und der Auseinandersetzung mit landesspezifischen Traditionen, mit dem deutschen Kulturerbe und mit bedeutenden europäischen und internationalen Kulturrichtungen und -vertretern gewachsen. Die künstlerische Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Lebensumständen hat in verschiedenen Genres einen festen, aber nicht unbedingt gesicherten Platz in

unserer Gesellschaft. Für das Leben unserer Bevölkerung und für die Touristen und Gäste, die unser Land besuchen, ist jedoch das Kulturland Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb durch Landeszuschüsse die kulturellen Initiativen und die Träger von bedeutenden Kulturangeboten weiterhin unterstützen. Aber wir werden auch dafür sorgen, daß private Initiativen im Kulturbereich entwickelt werden. Die kulturelle Vielfalt und die künstlerischen Initiativen sind dauerhaft nur zu sichern, wenn es gelingt, neben den Kommunen und dem Land privates Engagement und privates Kapital zu mobilisieren.

Wir unterstützen breitgefächerte kulturelle Angebote in soziokulturellen Zentren, in Verbänden und Vereinen verschiedenster Art. Hier unterstützen wir insbesondere die kulturelle Jugendarbeit, die in den neuen Medien und im Multimedia-Bereich die Kulturszene in Mecklenburg-Vorpommern deutlich bereichert. Die SPD will es jedem Bürger ermöglichen, eine öffentliche Bibliothek wohnortnah nutzen zu können.

Kulturentwicklung ist nicht nur als weicher Standortfaktor für die Perspektiven des Landes von Bedeutung. Kulturwirtschaft kann selbst zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt werden. Neben der professionellen Herstellung von vermarktungsfähigen Kunstprodukten bzw. Geräten für die künstlerische Produktion bietet vor allem die Verbindung von neuen Medien und künstleri-

scher Gestaltung ein weites und Arbeitsplätze schaffendes Tätigkeitsfeld, das einer stärkeren Förderung bedarf.

Für die Entwicklung des Landes wird ein Kulturmarketing erarbeitet. Hierzu müssen Kultus- und Wirtschaftsministerium enger zusammenarbeiten. Dieses ist vor allem für die Tourismusregionen von entscheidender Bedeutung, weil dadurch die guten bestehenden Angebote besser ausgelastet und Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir Sozialdemokraten haben erreicht, daß die Theaterfinanzierung in Zeiten knapper Kassen auf eine eindeutige gesetzliche Grundlage gestellt wurde. Wir haben Planungssicherheit für die Musikschulen im Land geschaffen. Für die Ernst-Barlach-Stiftung haben wir einen Neubau durchgesetzt. Und wir haben einige herausragende Kulturprojekte wie verschiedene Film- und Literaturtage auf den Weg gebracht.

Wir wollen unsere musikalischen Angebote ausbauen. Musikfeste im Sommer sollen nach wie vor Einheimische und Gäste interessieren und anziehen. Die Musikschulförderung soll das Herzstück künstlerischer Jugendbildung in der Breite und Vielfalt bleiben. Spitzenförderung unserer jungen musikalischen Elite wollen wir daneben durch „Jugend musiziert“, durch die Jugendchöre und -orchester und durch die Hochschule für Musik und Theater in Rostock individuell ermöglichen.

Neben der Förderung klassischer Musikstile werden wir uns besonders der Unterstützung von breitenwirksamen populären Musikrichtungen zuwenden, zumal diese nicht nur in der Jugend große Resonanz finden, sondern weil diese auch kulturwirtschaftlich bedeutsam sind. Das literarische Schaffen ist wirkungsvoller zu fördern.

Über eine ausgewählte Künstlerförderung wollen wir Künstlern unterschiedlicher Genres Arbeitsmöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern erhalten. Dazu dienen Stipendien und die Unterstützung landesweiter Kunstaktionen.

Unsere Gesellschaft braucht den Dialog mit den Künstlern. Die SPD fordert alle Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden auf, die Entwicklungen in unserem Land kritisch zu begleiten.

In den letzten Jahren sind viele neue Museen entstanden. Wir werden dieses Engagement unterstützen, denn Museen weiten den Horizont und wecken das Interesse für die Traditionen in unserem schönen Land.

Ebenso wie die Museen dokumentieren die Denkmäler und historischen Gebäude den Werdegang unseres Bundeslandes. Wir werden deshalb einen Schwerpunkt der Kulturförderung in der Denkmalpflege setzen. Dieses ist aufgrund des umfangreichen Denkmalsbestandes jedoch nur schrittweise möglich.

So wie es gelungen ist, daß das Stralsunder Meereskundliche Museum und das Ernst-Barlach-Museum in die Bundesförderung aufgenommen wurden, werden wir uns bemühen, daß weitere Kulturstätten des Landes in die Förderprogramme des Bundes, der EU sowie der UNESCO aufgenommen werden.

4.6. Medien

Der Wechsel von der Industrie- zu einer Kommunikationsgesellschaft ist für die SPD eine große Herausforderung. Für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist der Einsatz dieser neuen Informations- und Kommunikationstechnologien unabdingbar. Die Chancen dafür stehen in Mecklenburg-Vorpommern gut. Dank der modernen Leitungsnetze hat das Land die besten Voraussetzungen für die Einführung und Verbreitung von Multimedia-Anwendungen. Die Landesregierung muß dazu geeignete Konzepte entwickeln und unverzüglich umsetzen.

An der Informationsgesellschaft müssen alle teilhaben können. Eine Spaltung der Gesellschaft in einen Teil, der Zugang zu immer mehr Informationen hat, und einen anderen, der immer stärker davon ausgeschlossen ist, muß verhindert werden. Um den Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu erleichtern, müssen alle wichtigen Bibliotheken und Bürgerinformationszentren mit einem

Internet-Anschluß ausgestattet und die Schulen verstärkt an Multimedia-Netze angeschlossen werden. Der Umgang mit den neuen Medien, wie auch der Umgang mit ihren Risiken muß im Unterricht eingeübt werden.

Die SPD setzt sich weiterhin für die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Der NDR bleibt aufgefordert, durch die Qualität der Programme seinem Auftrag zur Grundversorgung gerecht zu werden. Bei der weiteren Förderung der Medienlandschaft sind regionale, bürgernahe Veranstaltungsformen weiter zu fördern. Die Mittel aus den Rundfunkgebühren, die bisher zur Musikförderung eingesetzt wurden, sollen in Zukunft auch für die Nachwuchs- und Ausbildungsförderung im Medienbereich verwandt werden. Dadurch können gerade bei kleinen Medienunternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Anbieterabgabe ist ausschließlich zur Finanzierung der journalistischen Fortbildung zu verwenden.

Die SPD ist der demokratischen Öffentlichkeit verpflichtet. Deshalb tritt sie für eine Vielfaltssicherung und Konzentrationskontrolle bei den privaten Rundfunk- und Fernsehveranstaltern ein. Die Veranstalter müssen ein notwendiges Maß an Außen- und Binnenpluralität gewährleisten. Die zeitgleiche und ungekürzte Übertragung sportlicher und kultureller Großereignisse darf nicht exklusiv im Bezahlfernsehen ausgestrahlt werden.

Die SPD tritt für eine Novellierung des Landespressegesetzes ein. Dabei muß die Unabhängigkeit der Redaktionen gegenüber den Verlagen gewahrt werden. Die Verlagsleitungen müssen ihre publizistischen Grundsätze veröffentlichen und in regelmäßigen Abständen darlegen, wer am Unternehmen wirtschaftlich beteiligt ist.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Medienstandort zwischen den Zentren Berlin und Hamburg werden. Dafür ist eine Multimediakonzeption für das Land zu entwickeln, die Wirtschafts- und Medienpolitik zusammenführt und eine abgestimmte norddeutsche Medienpolitik erfordert.

5. Die innere Sicherheit verbessern

Eine zentrale Herausforderung des Staates ist es, Menschen vor Kriminalität und Gewalt zu schützen. Die wachsende Kriminalität und die Beunruhigung und Angst, die sie bei den Menschen auslöst, ist eine große Aufgabe für die Politik.

Wir Sozialdemokraten lehnen alle Maßnahmen ab, die auf eine Schwächung des Staates in seiner Verantwortung für den Schutz der Bürger abzielen. Nur ein handlungsfähiger, starker und moderner Staat ist in der Lage, erfolgreich Kriminalität und Gewalt zu bekämpfen. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Der Hilferuf nach einer „Hilfspolizei“ schwächt den Staat und sein Gewaltmonopol. Wir Sozialdemokraten wollen statt dessen eine professionell arbeitende Polizei, die tatsächlich in der Lage ist, Erfolge in der Verbrechensbekämpfung zu erzielen. Außerdem werden wir weiterhin alle Formen der Zivilcourage unterstützen.

So energisch und konsequent, wie wir gegen einzelne Straftäter vorgehen, werden wir auch die Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen. Dazu zählt die durchgreifende Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation genauso wie die Überwindung der konservativen Ausgrenzungs- und Entsolidarisierungspolitik.

Die Menschen, die in unserem Land wohnen, arbeiten oder sich erholen, haben einen berechtigten Anspruch auf Sicherheit. Wir sorgen dafür konsequent und mit Augenmaß.

Wir Sozialdemokraten werden den Rechtsradikalismus in unserem Land mit Nachdruck auf allen Gebieten bekämpfen, denn er stellt eine ernsthafte Gefährdung unserer freibetrieblichen demokratischen Gesellschaft dar. Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit sind oftmals auch der Hintergrund für aus der Gruppe heraus verübte Körperverletzungen von erschreckender Brutalität. Derartige Gewalttaten müssen durch effektiven und professionellen Einsatz der Polizei möglichst verhindert werden. Dazu ist vor allem auch die vorbeugende Beobachtung und Überwachung der einzelnen Gruppierungen und ihrer bereits straffällig gewordenen Mitglieder erforderlich.

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um Kriminalität und Gewalt zurückzudrängen. Wir haben in der Schul- und Jugendpolitik, in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in vielfältiger Weise den Kampf gegen die äußeren Lebensbedingungen aufgenommen, die das Entstehen von Kriminalität begünstigen.

Aus diesem Grund werden wir uns weiter dafür einsetzen, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungs- und einen Arbeitsplatz erhält. Aber fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze sind nicht der einzige Faktor, der Kriminalität bei jungen Menschen fördert. Das Fehlen sinnvoller Möglichkeiten, die eigene Freizeit zu gestalten, führt ebenfalls bei einem Teil der Jugendlichen zu gesetzswidrigem Verhalten. Wir werden daher Initiativen fördern, die Kindern und Jugendlichen gute Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ermöglichen.

Rücksichtsloses Verhalten bis hin zur Gewaltbereitschaft ist aber auch die Antwort mancher Jugendlicher auf eine Gesellschaft, die sie als rücksichtslose Ellenbogengesellschaft erleben, in der nur der Stärkere und nur Siegertypen zählen. Die Vermittlung von menschlichen Werten wie Solidarität, Gemeinschaftssinn und Gerechtigkeit ist für uns Sozialdemokraten eine Aufgabe aller, die an der Erziehung in unserer Gesellschaft Verantwortung tragen.

Wir Sozialdemokraten haben Maßnahmen durchgesetzt, um effektiver und schneller gegen die einzelnen Straftäter vorzugehen. Dazu gehören Strukturmaßnahmen und Personalaufstockungen im Bereich der Justiz, die den Zeitraum zwischen Straftat und Gerichtsverhandlung erheblich verkürzt haben.

Dazu zählt die Einrichtung einer gesonderten Untersuchungshaft für Jugendliche. Dazu gehört die finanzielle Absicherung des Polizeipersonalkonzeptes, das eine hohe Polizeidichte in Mecklenburg-Vorpommern vorhält. Dazu zählt das Sicherheits- und Ordnungsgesetz, das der

Polizei modernere und effektivere Möglichkeiten in der Verbrechensbekämpfung an die Hand gibt. Nicht zuletzt zählt dazu der Ausbau der Präventionsarbeit in den Kommunen unseres Landes.

Wir Sozialdemokraten wollen verstärkt den Opfern von Straftaten helfen. Wir haben deshalb maßgeblich an der erfolgreichen Einführung des Täter-Opfer-Ausgleichs mitgewirkt. Diese Maßnahmen werden wir ausbauen.

5.1. Schwerstkriminalität energisch bekämpfen

Die Zahl der Polizeibeamten, die sich mit der Bekämpfung der Kriminalität organisierter Gruppen befassen, muß durch eine veränderte Prioritätensetzung innerhalb der Polizei deutlich erhöht werden. Die Konzeptionen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität müssen weiter ausgebaut und entsprechend umgesetzt werden. Dies schließt einen wirkungsvollen Schutz der Außengrenzen unseres Landes ein. Daher müssen die bestehenden Kontakte unserer Justiz und Polizei mit Dienststellen in Polen ausgebaut werden. Den Bundesgrenzschutz wollen wir vor allem zur Sicherung unserer Außengrenzen, aber auch zur Sicherung der Bahnstrecken und Bahnhöfe im Land stärken.

Der Schaden, der durch Korruption und Wirtschaftskriminalität angerichtet wird, ist immens. Im Bereich der Landesregierung wurden auf unsere Initiative hin bereits Maßnahmen zur Einrichtung einer ressortüber-

greifenden Antikorruptionsstelle verstärkt. Hieran werden wir anknüpfen und die „Kriminalität im weißen Kragen“, die mit hoher krimineller Energie der Allgemeinheit großen materiellen Schaden zufügt, bekämpfen.

Der Menschenhandel, der inzwischen ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat, muß durch landespolizeiliche Maßnahmen und durch die bessere Kontrolle der Außengrenzen, zurückgedrängt werden.

Zur Bekämpfung dieser Formen von Schwerstkriminalität halten wir auch den Einsatz elektronischer Mittel zur Beweissicherung unter engen gesetzlichen Voraussetzungen für zulässig. Polizei und Staatsanwaltschaften müssen mit dem nötigen Fachpersonal ausgestattet werden, um wirkungsvoll gegen solche Kriminalitätsformen vorgehen zu können. Verbrechen darf sich nicht lohnen. Wir wollen der Organisierten Kriminalität ihre Verbrechensterne nehmen und werden uns deshalb in diesem Bereich für die Beweislastumkehr einsetzen.

Wir werden Initiativen, die die Strafen für Verbrechen gegen Leib und Leben erhöhen, unterstützen. Dies gilt auch für besonders schwere Umweltstraftaten, die nicht länger als Kavaliersdelikte behandelt werden dürfen, und für Wirtschaftsstraftaten, die der Allgemeinheit besonders schweren Schaden zufügen.

5.2. Alltagskriminalität

Die zahlreichen Delikte der Alltagskriminalität, wie Diebstähle, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, beunruhigen zunehmend die Bürger unseres Landes.

Insbesondere bei dieser Form von Kriminalität gilt, daß nicht nur der Staat, sondern auch die Bürger selbst durch ihr Handeln und ihr Engagement kriminalitätsvorbeugend wirken können. „Gute Nachbarn sind achtsam“ – mit diesem Leitsatz werben wir seit Jahren für eine örtliche „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Bürgern und Polizei, bei der Zivilcourage im öffentlichen Leben maßgeblich ist.

Diesem Klima des bürgerschaftlichen Engagements dienen auch die kommunalen Präventionsräte, deren Arbeit wir ins Leben gerufen haben. In ihnen müssen sich alle örtlichen Institutionen und Gruppen, die kriminalitätsvorbeugend wirken wollen und können, zusammenfinden und konkrete Maßnahmen zur Kriminalitätsvorbeugung vor Ort beraten. Diese Arbeit werden wir weiterhin politisch und finanziell fördern.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehört auch eine verstärkte Präsenz von Polizeibeamten im öffentlichen Straßenbild und an Orten und zu Zeiten, die besonders kriminalitätsgefährdet sind. Diese Polizeipräsenz stärkt das Sicherheitsempfinden der Bürger und ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Häufigkeit bestimmter Delikte zu reduzieren.

Die Aufklärungsquote in einigen Deliktgruppen der Alltagskriminalität ist immer noch zu niedrig. Dabei schreckt gerade eine hohe Aufklärungsquote mögliche Täter ab, weil das Risiko, entdeckt zu werden, so besonders hoch ist. Wir werden daher Maßnahmen entwickeln, um insbesondere bei solchen Delikten die Aufklärungsquote zu erhöhen: Hierzu gehören nicht nur organisatorische Maßnahmen der Polizei, sondern auch technische Vorkehrungen.

5.3. Jugendkriminalität

Nur ein geringer Prozentsatz der Jugendlichen unseres Landes wird jemals straffällig. Bei den jugendlichen Straftätern, die vor Gericht kommen, zeigt sich außerdem, daß die vom Jugendstrafrecht vorgegebenen Maßnahmen in den allermeisten Fällen eine Wiederholung verhindern. Dies wird vor allem erreicht, wenn nicht ein stures „Wegschließen“ erfolgt, sondern unter Ausnutzung der vielfältigen unterschiedlichen Möglichkeiten einzelfallbezogen die erzieherisch jeweils richtige Maßnahme angewandt wird und wenn dies möglichst zeitnah zur Tat erfolgt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden deshalb weiter alles dafür tun, im stationären wie im ambulanten Bereich die Möglichkeiten bereitzustellen, die Justiz und Jugendhelferträger in die Lage versetzen, den Erziehungsgedanken des Jugendrechts auch tatsächlich verwirklichen zu können.

Lediglich bei einem sehr kleinen Teil jugendlicher Straftäter handelt es sich um Mehrfachtäter. Auch diese dürfen nicht lediglich mit strafrechtlichen Sanktionen belegt und ansonsten aufgegeben und ausgegrenzt werden. Vielmehr sind intensive Betreuungsprogramme nötig. Diesen Bereich der Prävention werden wir weiter ausbauen.

Kriminellem Verhalten von Jugendlichen muß aber auch mit sachgerechter repressiver Reaktion unmißverständlich begegnet werden. Dies bedeutet nicht, daß hier mit besonders harten Strafen gearbeitet werden soll, sondern der erzieherische Effekt muß im Vordergrund stehen. Dieser wird aber nur erreicht, wenn dem Jugendlichen fühlbar deutlich gemacht wird, daß er gesellschaftlich gezogene Grenzen überschritten hat.

Wir Sozialdemokraten sind gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters vom 14. Lebensjahr auf das 12. Lebensjahr, und wir halten daran fest, daß es für die Heranwachsenden bei der Vorgabe des § 105 JGG bleibt, daß sie wie Jugendliche verurteilt werden, wenn entwicklungsbedingte Störungen vorliegen oder es sich um eine Jugendverfehlung handelt.

Die Ursachen von Jugendkriminalität sind vielfältig und komplex. Jugendkriminalität zu bekämpfen, erfordert ein Zusammenwirken aller mit Problemen der Jugend befaßten Institutionen. Die SPD wird nach der Übernahme der Regierungsverantwortung kurzfristig ein Programm für eine neue Stra-

ategie der Zusammenarbeit aller vorlegen, um auch auf diese Weise Jugendkriminalität entgegenzuwirken.

5.4. Gewalt gegen Frauen und Kinder

Gewalt ist nicht nur ein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Alle Gewaltanwendungen, ob psychische, physische, sexuelle oder soziale Gewalt, beinhalten die Zerstörung des Selbstwertgefühls von Frauen und Kindern und bedeuten die Verletzung ihrer Menschenrechte. Gewalt gegen Frauen und Kinder wird meistens als Mittel zur Ausübung von Macht und Kontrolle über sie ausgeübt. Sie ist kein „Kavaliersdelikt“ und darf nicht mit Tabus belegt werden.

Sozialdemokratische Politik tritt gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen und Kinder ein. Für deren Abbau und Verhinderung sowie für die Unterstützung zur Überwindung der Folgen von Gewaltanwendung wird die SPD sich für eine breite Koalition aller beteiligten Einrichtungen und Institutionen einsetzen. Gewalt wird erlernt. Daher kommt der Präventionsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Wir Sozialdemokraten wollen bereits bestehende Projekte im Land unterstützen und neue Ansätze schaffen.

Die SPD steht für die Reform des Sexualstrafrechts, durch das die Therapie von Sexualstraf Tätern intensiviert und die Rückfallgefahr durch sorgfältige Prüfung nahezu ausgeschlossen wird. In diesem rechtlichen Zusammenhang steht auch die deutliche

Verbesserung des Opferschutzes im Verfahren, wobei kindlichen Opferzeugen ein besonderes Augenmerk beigemessen werden muß.

Um dem Menschenhandel, dessen Auswirkungen auch in Mecklenburg-Vorpommern festzustellen sind, Einhalt zu gebieten, ist eine Verbesserung des Zeuginnenschutzes unerlässlich. Dazu gehört die Gewährung eines Aufenthaltsrechts während des Strafverfahrens, in dem die Opfer Zeuginnen sind, ebenso wie für die sich daran anschließende Dauer ihrer Gefährdung. Darüber hinaus müssen Opfer von Menschenhandel ein Nebenklagerecht erhalten.

Neben den Veränderungen im Strafrecht tritt die SPD dafür ein, daß die Finanzierung von Frauenhäusern gesichert ist. Die für Gewaltopfer notwendigen Therapien müssen gewährleistet sein. Dabei spielt die Anerkennung der Folgen von Gewalt eine ebenso wichtige Rolle wie therapeutische Behandlungen, die auf unterschiedliche Arten von Gewaltanwendungen und individuell unterschiedliche Folgen differenziert eingehen.

5.5. Polizei stärken

Wir wollen die Polizeipräsenz auf der Straße stärken und die Aufklärungsquoten erhöhen. Hierzu gehören organisatorische Maßnahmen, die die Verantwortung der einzelnen Polizeieinheiten und des einzelnen Polizeibeamten stärken, ebenso wie eine weitergehende Fortentwicklung der fachlichen und sozialen Kompetenz unserer Poli-

zisten. Die Polizei muß, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, in hinreichendem Umfang mit moderner Technik ausgestattet werden. Hierzu gehört auch eine moderne EDV-Ausrüstung, die nicht nur die notwendigen Schreib- und Bürokommunikationsarbeiten erleichtert, sondern vor allem auch polizeispezifische Anwendungen zulassen muß. Wir werden deshalb den Ausbau des elektronischen Polizeinformationssystems vorantreiben.

Die zentrale Aufgabe der Polizei ist es, die Menschen vor Kriminalität und Gewalt zu schützen. Deshalb halten wir eine Überprüfung für zwingend erforderlich, ob Aufgaben, die derzeit von der Polizei wahrgenommen werden, zukünftig nicht von anderen Behörden übernommen werden können. Die Polizei muß von polizeifremden Aufgaben befreit werden. Damit würden auch die Kapazitäten frei, die benötigt werden, um die polizeiliche Beratung der Bürger zur Kriminalitätsvorbeugung zu verstärken.

Eine gute und erfolgreich arbeitende Polizei ist nicht vorstellbar ohne Polizisten, die motiviert und engagiert ihre Arbeit leisten. Der Erhalt der Motivation der Polizeibeamten ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Politik. Hierzu gehört auch, daß die Arbeit der Polizisten entsprechend ihrer Schwierigkeit, Gefährlichkeit und der umfangreichen Kenntnisse, die für sie benötigt werden, beamtenrechtlich eingestuft und bezahlt wird.

Verbrechen machen bekanntlich weder an den Grenzen von Bundesländern noch an Staatsgrenzen halt. Eine erfolgreiche Polizeiarbeit muß daher grenzüberschreitend sein. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden anderer Bundesländer, aber auch mit den Sicherheitsorganen anderer Staaten weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für unser Nachbarland Polen. Wir halten den Aufbau einer europäischen Polizeiorganisation, die sich in einem rechtsstaatlichen Rahmen bewegt, für sinnvoll und notwendig.

5.6. Opferschutz

Den Opfern von Gewalt gilt unsere besondere Fürsorge und Unterstützung. Daher werden wir Sozialdemokraten die Hilfe für die Opfer von Straftaten viel stärker in den Blickpunkt des politischen Handelns rücken.

So wollen wir den bereits im Strafgesetzbuch vorgesehenen Täter-Opfer-Ausgleich durch ergänzende Maßnahmen unterstützen. Dieser gibt dem Täter die Möglichkeit, freiwillig die Folgen seiner Tat durch Wiedergutmachung oder Entschädigung zu beseitigen, mit der Folge, daß das Gericht die Strafe mildern kann. Wir wollen Einrichtungen fördern, die praktisch die Abwicklung dieses Ausgleichs ermöglichen. Die anonyme Distanz zwischen Täter und Opfer muß durchbrochen werden, der Täter gezwungen werden, seine Opfer als Individuum zu betrachten.

Zu einem wirksamen Opferschutz gehört aber auch der Aufbau von Beratungsstellen, insbesondere für Opfer von Gewalttaten. Kinder, die Opfer geworden sind und im Strafverfahren als Zeugen aussagen müssen,

müssen in besonderer Weise psychologisch betreut, geschützt und unterstützt werden. Dazu werden wir für kindliche Opfernzeugen spezielle Zimmer in den Gerichten einrichten.

6. Innerer Frieden durch mehr Gerechtigkeit

Wir Sozialdemokraten orientieren uns in der Rechtspolitik am Gedanken der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit soll dem Ziel dienen, insgesamt eine gerechtere, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen. Damit ist unsere Justizpolitik in engem Zusammenhang mit den übrigen Zielen sozialdemokratischer Politik zu sehen. Die Rechtspolitik hat die wichtige Funktion, auch die anderen in diesem Programm genannten Ziele mit Hilfe des Rechts umzusetzen.

Darüber hinaus ist eine wichtige Aufgabe die Verbesserung der Rechtsordnung. Das Recht werden wir in vielen Bereichen einfacher und bürgernäher gestalten. Die durch die konservative Politik der Vergangenheit herbeigeführten sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen müssen wieder durch ein vor allem auch sozial gerechtes Recht ersetzt werden.

Innerhalb der Justiz werden wir dafür sorgen, daß an bisher erzielten Erfolgen angeknüpft wird und die Justiz für die Bürgerinnen und Bürger im Land bürgernäher, leistungsfähiger und schneller arbeiten kann. Die Gerichtsverfassung muß reformiert und die Organisation der Gerichte verbessert werden. Die Dienstleistungsfunktion der Gerichte für den Bürger werden wir stärken.

6.1. Die Rechte ostdeutscher Menschen stärken

Die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR wurden von der Bundesregierung schäbig abgespeist. Die Menschen in den neuen Ländern wollen nicht Rache, sondern Rehabilitation. Wir Sozialdemokraten werden uns deshalb für eine gerechtere Entschädigung von Opfern aus Unrechtsakten der DDR-Zeit stark machen. Dazu zählen wir die einheitliche Kapitalentschädigung für alle Betroffenen, eine gerechte Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden und die volle Einbeziehung aller aus Gebieten östlich von Oder und Neiße in die damalige Sowjetunion verschleppten Deutschen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Rechte der redlichen Nutzer und Erwerber von Grundstücken geschützt werden. Um die weitere Nutzung von Freizeitgrundstücken zu ermöglichen, setzen wir uns für einen sofortigen Stopp weiterer Entgelterhöhungen für Freizeitgrundstücke ein. Wir werden die ungerechte Stellung der Nutzer bei Aufgabe (Kündigung) der bisher von ihnen genutzten Grundstücke deutlich verbessern. Unser Ziel ist es, die Interessen der Eigentümer und Nutzer in einen gerechten Ausgleich zu bringen.

6.2. Verbesserung der Rechtspflege

Wir Sozialdemokraten verfolgen das Ziel, dem Bürger zügig und umfassend zu seinem Recht zu verhelfen. Deshalb hat das SPDgeführte Justizministerium die Bedingungen für die Arbeit der Justiz bereits erheblich verbessert. Wir haben die Personalstellen im Bereich der Jugendstaatsanwaltschaften und der Jugendrichter erhöht. Wir haben die baulichen und technischen Voraussetzungen an verschiedenen Gerichtsstandorten nachhaltig verbessert. Durch die Amtsgerichtsstrukturreform werden weitere Verbesserungen in der Rechtspflege eintreten. Wir haben Rechtsberatungsstellen eingerichtet, die für sozial Bedürftige kostenlos sind. Mit der Einführung des Modellversuchs für beschleunigte Verfahren und mit der Erprobung von Kurzanzeigeverfahren erzielen wir erste Erfolge.

Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die Arbeit der Justiz zu verbessern. Wir werden das elektronische Grundbuch einführen, um Investitionsentscheidungen schneller treffen zu können. Damit schaffen wir Arbeitsplätze. Wir werden dafür sorgen, daß Bauhandwerkssachen, Arzthaftungssachen und dergleichen durch Heranziehung sachkundiger Gutachter verstärkt außergerechtlich beigelegt werden können. Ebenso ist dies nötig bei Konflikten des täglichen Lebens. Daher sind die Schiedsstellen noch weiter auszubauen. Dabei knüpfen wir an positive Erfahrungen an, die in der DDR mit den Schiedskommissionen und Konfliktkommissionen gemacht wurden. Außer-

dem sind diese Maßnahmen gut geeignet, die Bürgernähe und das öffentliche Rechtsbewußtsein zu fördern.

6.3. Den Strafvollzug modernisieren

Im Strafvollzug verfolgen wir Sozialdemokraten zwei Ziele. Wir wollen die Menschen vor Straftaten schützen und wir wollen erreichen, daß Strafgefangene nach ihrer Entlassung fähig sind, in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Wir haben die Strafvollzugsanstalt Wald-eck errichtet, die zu den sichersten und modernsten Anstalten in der Bundesrepublik Deutschland gehört. Auch in anderen Strafvollzugsanstalten konnten wir bereits die Haftbedingungen und die Sicherheit verbessern. In Neubrandenburg verfolgen wir in einem Modellversuch für Jugendliche das Ziel, jungen Straftätern den Ausstieg aus der kriminellen Karriere zu ermöglichen.

Unser nächstes Ziel ist es, die Haftbedingungen für weibliche Strafgefangene zu verbessern. Der Strafvollzug sollte insbesondere jugendlichen Straffälligen die Möglichkeit eröffnen, einen schulischen und beruflichen Abschluß zu erlangen. Erwachsene Strafgefangene müssen ebenfalls die Möglichkeit zur Weiterbildung und sinnvollen Beschäftigung haben. Strafvollzugsanstalten dürfen nicht mit vollzugsfremden Aufgaben überlastet werden, wie z.B. der Durchführung von Abschiebehaft. Ersatzfreiheitsstrafe, die verbüßt werden muß, weil Geldstrafe aus wirtschaftlicher Not heraus nicht

erbracht werden können, sollen durch gemeinnützig Arbeit ersetzt werden („Schwitzen statt Sitzen“).

Die Verhinderung von Straftaten und die Wiedereingliederung von Straftentlassenen gehen uns alle an. In enger Zusammenarbeit mit Psychologen, Sozialarbeitern, Gefängnisseelsorgern, Bewährungshelfern und Vollzugsbeamten muß es uns gelingen, Strafgefangenen ein straffreies Leben nach ihrer Entlassung zu ermöglichen. Dieses liegt im Interesse der Menschen, die sicher leben wollen.

6.4. Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz

Die SPD setzt sich für die Unterstützung der Feuerwehren sowie der anderen Organisationen des Zivilschutzes in Mecklenburg-Vorpommern ein. Die ehrenamtliche Arbeit in diesen Bereichen bedarf der vollsten, auch finanziellen Unterstützung, da nur so die innere Sicherheit für die Bürger gewährleistet werden kann.

7. Die Umwelt schützen

Wir Sozialdemokraten werden durch eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik die Lebensgrundlage dieser und künftiger Generationen sichern. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine sozialverträgliche ökologische Steuerreform ein.

Wir wollen durch die Umsetzung unserer umweltpolitischen Ziele in unserem Land Arbeitsplätze und verbesserte Einkommensmöglichkeiten schaffen. Unser Flächenland zeichnet sich aus durch eine reiche Naturlandschaft mit der vielgestaltigen Ostseeküste, den ausgedehnten Hügellandschaften, den Alleen und den Seen und Flußtalmooren, die sensible Naturräume ökologisch miteinander vernetzen. Der Tourismus schafft nur dann Arbeit und Einkommen, wenn wir seinen „Robstoff“ nicht verzehren.

Wir haben die ökonomische Bedeutung der ökologischen Landwirtschaft, der naturnahen Forst- und Waldwirtschaft und der nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Fischbestände erkannt und werden sie fördern.

Umweltpolitik ist für uns Strukturpolitik. Wir werden durch eindeutige und kostengünstige Strukturen in der Abfallwirtschaft die Lebensqualität der Bürger und die Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen verbessern. Wir werden schrittweise die Fehler der CDU in der Abwasserentsorgungsstruktur aus der ersten Legislaturperiode gemeinsam mit den Kommuni-

nen zu beseitigen versuchen, um die Gebühren kostengünstiger zu gestalten. Die SPD wird aber grundsätzlich an den kommunalen Strukturen festhalten.

Umweltpolitik ist Wirtschaftspolitik. Wir werden neue Technologien in der Umwelt-, Energie- und Biotechnik unterstützen. Wir werden deren Absatz fördern und die Einführung neuer Technologien und Verfahren im eigenen Land zu entwickeln helfen.

Umweltpolitik ist Bildungspolitik. Wir werden den Umweltschutz als ein Bildungsziel in der Schule verankern. Außerdem werden wir Initiativen unterstützen, die in der Öffentlichkeit für mehr Informationen und einen Bewußtseinswandel zugunsten des Umweltschutzes eintreten.

7.1. Naturschutz

Mit unseren Nationalparks, Biosphärenreservaten, Naturparks, Landschafts- und Naturschutzgebieten verfügen wir über ein europaweit einmaliges Potential an kulturhistorischem Erbe. Wir haben die Verantwortung über eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt mit einem hohen Schutzanspruch. Deshalb setzen wir uns für eine umweltverträgliche Raumordnung und Landesplanung ein, für eine tragfähige Partnerschaft zwischen Landschaftsschutz und Landnutzung.

Wir unterstützen die Kuratorien der Großschutzgebiete und die regionalen Fördervereine für Schutzgebiete, weil sie eine wichtige Aufgabe in der Koordination des Naturschutzes haben. Der „Erlebnisraum Natur“ wird für den Menschen ausgebaut, damit wir die unmittelbare Verbindung zwischen Mensch und Natur punktuell wieder herstellen. Wir werden den Schutz unserer Moore im Land verbessern.

Der übergreifenden Natur- und Landschaftspflege werden wir zum Durchbruch verhelfen. Im Rahmen der Entwicklung der europäischen Integration gewinnt der Natur- und Landschaftsschutz zunehmend an Bedeutung. Wir wollen mit langfristigen Landesprogrammen diese Entwicklung zugunsten zukünftiger Absatzchancen unserer Agrarprodukte fördern. Hier liegen zukünftige Arbeits- und Beschäftigungschancen für unsere Bevölkerung.

Wir werden uns für die Erweiterung des freiwilligen ökologischen Jahres einsetzen.

7.2. Abfallwirtschaftspolitik

Der öffentlich-rechtliche und privatwirtschaftliche Entsorgungsbereich (Kommunen und Wirtschaft) in unserem Land benötigt eine langfristige garantierte Entsorgungssicherheit. Wir wollen dieses Ziel in folgender Prioritätensetzung erreichen: Abfallvermeidung – stoffliche Verwertung – Abfallbehandlung – Deponierung. Unser Ziel ist es, die ökonomisch günstigste und ökologisch vertretbarste Lösung zur Entsorgung der im Land anfallenden Abfälle zu schaffen.

7.3. Energiepolitik

Energiepolitik ist für uns Strukturpolitik. Wir wollen kostengünstige Energiepreise für die Wirtschaft und für die Bevölkerung unseres Landes anbieten. Zugleich wollen wir die Umweltbelastung bei der Energieerzeugung gering halten. Deshalb bestehen unsere Ziele in der konsequenten Nutzung aller Energieeinsparreserven sowie in der Förderung aller regenerativen Energieträger (Wind, Solarenergie, Geothermie, Biomasse, Wasserenergie). Die kommunalen Energiedienstleister werden wir darin unterstützen, ihr Dienstleistungsangebot auszuweiten, um im Wettbewerb mit den überregionalen Anbietern zu bestehen. Wir wollen ein Höchstmaß an Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entwicklung eines Energiekonzepts für unser Land.

Wir fördern regenerative Energien, deren Anteil an der Energieerzeugung deutlich erhöht werden soll. Regenerative Energien schaffen neue Arbeitsplätze, die vor allem im handwerklichen und mittelständischen Bereich entstehen. Die Planungen der Raumordnung sind dahingehend zu überarbeiten.

Unser Land braucht in absehbarer Zeit keine großen neuen Kapazitäten in der Energieerzeugung. Wir werden jedoch den Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieaufkommen in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen. Hierin und in einer verbesserten Effizienz in der Energienutzung sehen wir die Chance, unseren eigenen Beitrag zur Reduzierung des Kohlendioxids zu liefern.

Wir werden jährlich einen Preis für ein besonderes innovatives Projekt der regenerativen Energiewirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern vergeben und den Aufbau einer Landesenergieagentur prüfen.

Einen Neu- oder Ersatzbau eines Atomkraftwerks lehnen wir ab. Wir werden uns konsequent für den zügigen und sicheren Rückbau des Atomkraftwerkes Lubmin einsetzen. Wir werden nicht zulassen, daß im dortigen Zwischenlager andere radioaktive Abfälle als die aus Lubmin bzw. Rheinsberg eingelagert werden. Für die notwendigen Transporte und für die Umlagerung der Abfälle müssen Strahlungsrisiken ausgeschlossen werden. Der durch unsere Initiative gegründete Kernenergiebeirat

hat sich großen Respekt bei der Beratung, Information und Konfliktmittlung erworben. Wir werden seine Arbeit mit Nachdruck unterstützen.

7.4. Boden- und Gewässerschutz

Wir Sozialdemokraten treten für eine Verbesserung des gesetzlichen Rahmens für den Bodenschutz ein. Die landesspezifischen Anpassungen werden wir zügig vornehmen. Dazu zählt für uns auch der Schutz der Niedermoores wie die Minimierung der Bodenversiegelung.

Die Bodenschätze (z.B. Ton und Kies) im Land sind eine wichtige Basis für den Aufbau von Verarbeitungsindustrie. Diese Basis ist langfristig zu sichern und darf nicht durch unkontrollierten Raubbau, wie er sich bei Kies und Kiessand im Land abzeichnet, gefährdet werden. Der Abbau von Bodenschätzen muß daher bedarfsgerecht und regionalverträglich gesteuert werden. Im Hinblick auf das Schaffen von Arbeitsplätzen muß die Weiterverarbeitung der Rohstoffe als konsequentes Entscheidungskriterium eingeführt werden.

Die Qualität unserer Oberflächengewässer ist seit 1990 verbessert worden. Die Sanierung unserer Seen und Flüsse und die Renaturierung von Kleingewässern werden wir fortsetzen. Wir werden den Grundwasserschutz, besonders in Gewinnungs- und Neubildungsräumen, intensivieren.

Wir Sozialdemokraten setzen uns konsequent für den Küsten- und Hochwasserschutz ein. Dabei stehen vitale menschliche Nutzungsinteressen im Vordergrund. Die notwendigen Maßnahmen werden wir im Konsens der Beteiligten so zügig wie möglich entwickeln.

Die Einführung neuer umweltgerechter Standards in der Abwasserentsorgung hat bereits die Qualität unserer Gewässer und

Böden bedeutend erhöht. Durch mangelnde Führung der Landesregierung in der ersten Legislaturperiode ist es teilweise zu chaotischen Strukturen und demzufolge zu überhöhten Gebühren bei der Abwasserentsorgung gekommen. Wir werden die noch möglichen Schritte unternehmen, um bestehende Fehlentwicklungen zu korrigieren und dadurch die Abwasserpreise so niedrig wie möglich zu halten.

8. Unsere Kommunen stärken

Die Gemeinden, Städte und Landkreise unseres Landes haben, nachdem sie ihre Selbstverwaltung wiedererlangt haben, einen enormen Beitrag in der Aufbauarbeit unseres Landes geleistet. In den Kommunen sieht man am deutlichsten, wie weit die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vorangeschritten ist. Hierbei haben vor allem die Kommunalpolitiker im Ehren- und im Hauptamt den entscheidenden Beitrag geleistet.

Dennoch liegt die Leistungskraft der Gemeinden, Städte und Landkreise weit hinter der Leistungskraft vergleichbarer westdeutscher Gebietskörperschaften zurück. Deshalb haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, daß dem kommunalen Finanzausgleich in den vergangenen Jahren ein hoher Rang eingeräumt wurde. Diese Bemühungen werden wir, auch unter schwierigen Bedingungen, fortsetzen. Unser Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Dieses wollen wir auch durch Änderungen der Kommunalverfassung erreichen, indem wir die Kommunen in die Lage versetzen, bürger-näher, moderner und wirtschaftlicher arbeiten zu können.

8.1. Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Einführung des Modells der „Bürgermeisterverfassung“ in M-V war richtig und hat sich grundsätzlich bewährt. Die Kommunalverfassung ist durch die Novellierung in einigen Teilen verbessert worden. Hierzu zählen die eindeutigere Regelung über die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten und die Erweiterung der Kommunalverfassung um einen Artikel zur Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung.

Dieses ist für uns Sozialdemokraten jedoch nicht ausreichend. Unser Ziel ist es, den Gemeinden, Städten und Landkreisen die Möglichkeiten zu geben, sich zu den modernsten Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln zu können. Deshalb werden wir die rechtlichen Bestimmungen über die Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung ausbauen. Dort, wo Kommunen im Rahmen eines konkreten Konzeptes die Befreiung von bestimmten Landesgesetzen zum Ausbau ihrer Selbstverwaltung brauchen, soll dieses zukünftig möglich sein. Die rechtlichen Möglichkeiten für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen werden wir ausbauen. Wir verpflichten uns, die Modernisierung auf kommunaler Ebene mit Rat und Tat zu unterstützen.

Wir wollen die jungen Menschen in unserem Land stärker in die demokratischen Entscheidungsprozesse einbeziehen. Wir werden das aktive Wahlrecht für Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken. Wir werden allen Kindern und Jugendlichen einen Anspruch auf Mitwirkung in denjenigen kommunalen Angelegenheiten eröffnen, die sie direkt betreffen.

Wir werden die Funktionalreform fortführen. Unser Ziel ist es, Entscheidungen soweit wie möglich nach unten zu delegieren. Kurze und bürgernahe Aufgabenerledigung dient dem schnellen Bearbeiten von Bürgeranliegen oder von Investitionsentscheidungen. In diesem Zusammenhang werden wir den Status der „großen kreisangehörigen Stadt“ einführen. Diesen Städten werden wir einige Zuständigkeiten übertragen, z.B. im Baurecht, die bisher auf der Ebene der Landkreise erledigt wurden.

Eine gute Kommunalverwaltung lebt vom Ehrenamt. Ehrenamtliche Bürgermeister, Gemeindevertreter und sachkundige Bürger haben seit 1990 Vorbildliches für den Aufbau unseres Landes geleistet, sie haben Lasten geschultert, die manches Mal über ihre Kräfte gegangen sind und Opfer an Gesundheit gefordert haben. Die Belastung der ehrenamtlichen Bürgermeister übersteigt oft die Grenzen des Zumutbaren. Wir begrüßen und unterstützen die Überlegungen von Gemeinden, durch freiwillige Zusammenschlüsse geringere Verwaltungskosten und einen effektiveren Mitteleinsatz zu schaffen.

Gegenwärtig sind viele Gesetze und Verordnungen äußerst kompliziert. Das führt in der Praxis oft zu umständlichen und teuren Verwaltungsabläufen. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß Gesetze und Verordnungen von überflüssigem Ballast befreit werden. Außerdem werden wir die gegenwärtigen Normen und Standards, die den Kommunen für ihre Aufgabenerledigung oft kostspielige, aber wenig sachdienliche Auflagen machen, überprüfen. Zur Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung gehört es auch, daß die Entscheidungskompetenz für den Standard, der für die Erledigung einer kommunalen Aufgabe herangezogen wird, zugunsten der Kommunen erweitert wird. Unser Ziel ist es, im Zusammenspiel von Landes- und kommunaler Zuständigkeit für eine deutliche Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und für eine Leistungssteigerung der Kommunen zu sorgen. Dieses fördert Investitionsvorhaben und damit Arbeitsplätze vor Ort und verbessert die Lebensqualität der Bürger. Daneben werden wir die Zuständigkeiten der Rechtsaufsicht auf das unbedingt notwendige Maß einschränken.

8.2. Kommunale Leistungskraft steigern

In den letzten Jahren haben die Kommunen starke und oft unpopuläre Anstrengungen unternommen, um ihre Leistungsfähigkeit und ihre Investitionskraft zu steigern. Wir werden die kommunale Leistungskraft im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Landes fördern. Dort, wo kommunale Körperschaften Leistungsreserven ausschöpfen können, werden wir sie unterstützen. Sozialdemokraten erkennen die Umsetzung der lokalen AGENDA 21 als wichtigen Handlungsrah-

men zukünftiger kommunaler Entwicklung an und werden entsprechende Aktivitäten der Kommunen unterstützen.

Wir werden das Konnexitätsprinzip gesetzlich verankern. Das heißt, daß das Land dann, wenn es den Kommunen eine Aufgabe überträgt, auch die für die Aufgabenerledigung nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Auch wenn durch ein Gesetz eine Auflage für eine kommunale Aufgabe gemacht wird, deren Erledigung zu höheren Kosten führt, muß das Land diese Kosten übernehmen.

9. Finanzpolitik und öffentliche Verwaltung

Schwere wirtschaftliche Zeiten brauchen verlässliche Finanzen. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Landesfinanzen im Jahre 1996 haben wir Verlässlichkeit und Vertrauen in die Finanzpolitik hergestellt. Wir Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten werden unser Ziel, Machbarkeit, soziale Gerechtigkeit und Schaffung moderner und dauerhafter Arbeit für unser Land klar und konsequent weiter verfolgen.

Die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist inzwischen zu einem Risiko für Deutschland geworden. Die ständigen Versuche, eine sozial ungerechte und arbeitnehmerfeindliche Steuer- und Finanzpolitik durchzusetzen, konnten leider nicht immer verhindert werden. Für die neuen Bundesländer hat das Sparprogramm der Bundesregierung zusätzliche Lasten gebracht. Die Kürzungen der Förderprogramme für den zweiten Arbeitsmarkt, die Rückführung der Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau und die Strukturreform im Gesundheitsbereich haben zu finanziellen Einbrüchen und chaotischen Verhältnissen in diesem Bereich geführt. Die Folge war nicht nur Arbeitsplatzabbau und eine spürbare Entsolidarisierung der Gesellschaft, sondern auch eine deutliche Schwächung der im Aufbau befindlichen neuen Bundesländer.

Wir Sozialdemokraten werden an unseren Zielen Steuergerechtigkeit und Stärkung der Beschäftigung in der Wirtschaft festhalten. Außer-

dem werden wir mit großem Nachdruck für einen zweiten Start zum Aufbau Ost sorgen. Hierzu bedarf es einer neuen gesamtdeutschen Kraftanstrengung, die nur mit einer neuen Regierung in Bonn und in Schwerin zu leisten ist.

Wir Sozialdemokraten werden im Land an der 1996 eingeleiteten finanzpolitischen Wende bis zu einem konsolidierten und ehrlichen Haushalt festhalten.

9.1. Finanzpolitik

Wer Sozialdemokraten den Haushalt des Landes anvertraut, kann sicher sein, daß mit Geld gut umgegangen wird. Wir müssen die Herausforderung bewältigen, durch Investitionen von heute die Zukunft der nächsten Generation zu sichern, ohne über eine unmäßige Verschuldung die Zukunft „zu verfrühstücken“. Wir werden auch weiterhin die Entwicklung des Landes zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen vorantreiben, in dem man gern lebt. Luxus werden wir uns nicht leisten können, wir werden uns auf das Wesentliche konzentrieren. Der Bürger wird sich aber darauf verlassen können, daß wir ihm die Wahrheit sagen. Wir werden unsere Reformabsichten immer an den finanziellen Möglichkeiten des Landes ausrichten.

Wir Sozialdemokraten werden für Bürger und Wirtschaft verlässliche, berechenbare Rahmenbedingungen schaffen. Wir wissen, daß mehr und mehr die Hilfen von außen zurückgehen werden. Wir werden die eigene Finanzkraft so steigern müssen und so sparsam mit Geld umgehen, daß die Bürger keine Angst vor der Zukunft haben müssen.

Wir werden den Aufbau des Landes fortsetzen, ohne in die Schuldenfalle zu geraten. Wir werden die Investitionen in die gewerbliche Wirtschaft und in die Infrastruktur auf hohem Niveau halten. Zugleich werden wir die jährliche Neuverschuldung schrittweise weiter zurückführen, damit wir unsere finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten und nicht durch eine stetig wachsende Zinslast erstickt werden. Wir Sozialdemokraten stehen für sparsamen und vernünftigen Umgang mit den öffentlichen Mitteln.

Wir werden uns massiv für die Fortsetzung der Bundes- und europäischen Zuweisungen einsetzen. Die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern werden gemeinsam mit einer SPD-geführten Bundesregierung die Fortsetzung des föderalen Konsolidierungsprogramms für unseren Landesaufbau sicherstellen. Ebenso wird sich die SPD dafür einsetzen, daß Mecklenburg-Vorpommern auch für die Förderperiode 2000 bis 2006 als vorrangig zu förderndes Ziel-1-Gebiet eingestuft und mit den anderen Ziel-1-Gebieten der EU (Regionen mit Entwicklungsrückstand) gleichbehandelt wird. Eine Förderung des Landes aus dem Europäischen Strukturfonds ist angesichts der

schwierigen wirtschaftlichen Lage und der Unterbeschäftigung unverzichtbar.

9.2. Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung

Wir Sozialdemokraten sagen: Die Verwaltung ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern erwarten eine Verwaltung, die schnell, unbürokratisch und flexibel als Dienstleister arbeitet.

Wir Sozialdemokraten wollen eine mutige, schnelle Dienstleistungsverwaltung und keine öffentlich Bediensteten, die aus Angst, Fehler zu machen, lieber gar nichts bewegen. Besonders kunden- und bürgerorientierte Mitarbeiter müssen gefördert und unterstützt werden.

Wir wollen Verwaltungsabläufe straffen und die Genehmigungsverfahren beschleunigen. In Deutschland haben wir heute ein Übermaß an Regelungen und Genehmigungsvorschriften. Wir werden die Landesaufgaben daraufhin überprüfen, ob sie nicht von Landkreisen und Gemeinden ortsnäher und bürgerfreundlicher erledigt werden können. Entscheidungskompetenzen wollen wir – soweit möglich – dezentralisieren und delegieren.

Wir freuen uns, daß in unserem Land viele attraktive Firmen der Informations- und Kommunikationsbranche arbeiten. Es darf aber nicht sein, daß die öffentliche Verwaltung mit der Technik des vergangenen



Jahrhunderts arbeitet. Auch hier werden wir – im Interesse der Bürger – Verwaltungshandeln beschleunigen und effektiver machen. In geeigneten Bereichen der Landesverwal-

tung (z.B. staatlicher Hochbau) werden wir Kosten- und Leistungsrechnung zur Verbesserung des Kostenbewußtseins und zur Effizienzsteigerung einführen.

10. Zeit für den politischen Wechsel

Es ist höchste Zeit, daß in Deutschland die Menschen wieder an einer sozialen und gerechten Gesellschaft teilhaben können. Das bedeutet, daß der Stillstand auf dem Arbeitsmarkt überwunden und der grassierende Sozialabbau beendet wird.

Das bedeutet, daß alle Kräfte jetzt auf die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze konzentriert werden. Die Sozialdemokraten sind dazu bereit: In Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland.